

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8900.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegenheiten 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **490000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

In der Zeit vom 26. Juni 1911 und den folgenden Tagen findet in Dresden der

### deutsche Gewerkschaftskongress

statt, an dem nach den Beschlüssen unserer Generalversammlungen unser Verband durch eine seiner Stärke entsprechende Vertretung teilzunehmen hat. Die Stärke dieser Vertretung regelt folgende auf der achten ordentlichen Generalversammlung in München angenommene

#### Resolution:

Auf je 10000 Mitglieder entfällt ein Delegierter, übersteigt der Rest die Zahl von 5000 Mitgliedern, so ist ein weiterer Delegierter zu wählen. Jeder Bezirk, auch wenn er weniger als 15000 Mitglieder zählt, hat das Recht, zwei Delegierte zu wählen. Jede Verwaltungsstelle, die 10000 Mitglieder zählt, hat das Recht, die Delegiertenwahl selbstständig zu vollziehen. Alle Verwaltungsstellen mit unter 10000 Mitgliedern wählen bezirksweise. Außerdem hat der Vorstand das Recht, zwei Delegierte entsenden zu dürfen, die Redaktion und der Ausschuss je einen.

Nach den aus den vorliegenden Abrechnungen festgestellten Mitgliederzahlen entfallen auf die über 10000 Mitglieder starken Mitgliedschaften:

Berlin	8	Delegierte
Chemnitz	2	
Dresden	1	Delegierter
Frankfurt a. M.	1	
Hamburg	2	Delegierte
Hannover	1	Delegierter
Leipzig	1	
Nürnberg	2	Delegierte
Stuttgart	1	Delegierter
Auf die Bezirke:		
I. Bezirk	2	Delegierte
II. "	2	"
III. "	2	"
IV. "	3	" (außer Chemnitz, Dresden, Leipzig)
V. "	5	" (außer Hannover)
VI. "	5	" (außer Hamburg)
VII. "	6	"
VIII. "	2	" (außer Frankfurt a. M.)
IX. "	4	" (außer Stuttgart)
X. "	2	" (außer Nürnberg)
Außerdem auf den:		
Vorstand	2	"
Ausschuss	1	Delegierter
die Redaktion	1	"

Zusammen: 54 Delegierte.

Jede der genannten Mitgliedschaften sowie jeder Bezirk bilden für sich eine Wahlabteilung, an deren Spitze ein Zentralwahlkomitee steht. Das Zentralwahlkomitee wird in den Mitgliedschaften durch die örtliche Verwaltung, in den Bezirken durch die Bezirksleitung gebildet. Den Vorsitz in den Zentralwahlkomitees übernimmt der Bevollmächtigte (in den örtlichen Mitgliedschaften) oder der Bezirksleiter (in den Bezirken). In Bezirken mit mehr als einem Bezirksleiter haben sich die Bezirksleiter über den Vorsitz zu verständigen. Sollte der mit dem Vorsitz betraute Bevollmächtigte oder Bezirksleiter als Kandidat zur Wahl gestellt werden, so übernimmt bei örtlichen Mitgliedschaften der zweite Bevollmächtigte, bei Bezirksleitungen der andere Bezirksleiter, oder, wo ein solcher nicht vorhanden ist, ein von der Bezirksleitung beauftragtes Mitglied den Vorsitz im Zentralwahlkomitee.

### Vorschläge zu Kandidaten.

In den selbständigen Wahlabteilungen bildenden Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften erfolgt die Auffstellung der Kandidaten in Mitglieder- oder wenn dies nach dem geltenden Ortsstatut zulässig und Ortsgebrauch ist, in Vertrauensmännerversammlungen. Die Auffstellung erfolgt in der Weise, daß die von den Mitgliedern (Vertrauenspersonen) in der Versammlung gemachten Vorschläge von dem Versammlungsleiter zunächst notiert und dann in der Versammlung durch Abstimmung die ausgewählt werden, die zur Wahl gestellt werden sollen. Dabei ist darauf zu achten, daß in Wahlabteilungen mit mehr als einem oder zwei Delegierten die Kandidatenliste in der Regel nicht mehr als die doppelte Anzahl Vorschläge umfaßt, als Delegierte zu wählen sind. Sind aus der Mitte der Versammlung nicht mehr als die doppelte Anzahl vorgeschlagen, so erübrigt sich eine Auswahl durch Abstimmung.

In den Bezirken sind die Vorschläge der einzelnen Mitgliedschaften ebenfalls in Mitgliederversammlungen zu machen und aus den aus der Mitte der Versammlung gemachten Vorschlägen durch Versammlungsbeschluss einer auszuwählen, der dem Zentralwahlkomitee zur Aufnahme in die zur Wahl zu stellende Vorschlagsliste bis zum unten angegebenen Termin mitzuteilen ist. Hat eine Mitgliedschaft in einer Versammlung zu den Vorschlägen Stellung genommen, so sind weitere Vorschläge aus dieser Mitgliedschaft unzulässig.

Die von den Mitgliedschaften gemachten Vorschläge müssen bis spätestens 25. April 1911 in Händen des Zentralwahlkomitees sein. Dieses hat die eingegangenen Vorschläge (nicht vor dem 26. April) zu einer Vorschlagsliste zusammenzustellen und diese den zur Wahlabteilung gehörenden Mitgliedschaften bis spätestens 2. Mai zu stellen. Mitgliedschaften, die bis zu diesem Tage die Vorschlagsliste noch nicht erhalten haben, haben bis sofort dem Zentralwahlkomitee mitzuteilen, damit dies die Liste noch vor dem Wahltermin aufstellen kann.

### Wahltag.

Die Wahl erfolgt für den gesamten Verband an einem Tage, und zwar **Sonntag den 14. Mai 1911.**

Im übrigen finden die in Nr. 11 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Bestimmungen über die Wahlen zur Generalversammlung sinngemäße Anwendung. Abweichungen davon sind: Die Wahlergebnisse müssen an die Bezirksleitung spätestens bis zum 22. Mai eingeleitet sein. Die Prüfung und Zusammenstellung der Wahlergebnisse durch die Bezirksleitungen soll nicht vor dem 23. Mai erfolgen. Die Mitteilung des Gesamtergebnisses an die Verwaltungsstellen muß bis zum 31. Mai 1911 erfolgt sein.

Die Ausfertigung der Mandate erfolgt durch den Vorstand.

### Anträge

An den Gewerkschaftskongress können nach dem Regulativ der Gewerkschaften Deutschlands nur von den Verwaltungsstellen, nicht aber auch von einzelnen Mitgliedern, gestellt werden und sind spätestens bis zum 1. Mai 1911 an den Vorstand einzuliefern.

Der Vorstand.

## Die Opfer der Tuberkulose unter den Metallarbeitern.

Seit Jahrzehnten wird der Kampf gegen die Schwindsucht, die fortwährend Satatomben von Opfern und vor allem aus den Reihen der Arbeiterschaft holt, geführt und es ist auch der Erfolg erzielt worden, daß die Sterblichkeit relativ zurückgegangen ist. Während nämlich nach der Statistik des deutschen Reichsgesundheitsamtes im fünfjährigen Zeitraum von 1877 bis 1881 von je 100 000 Einwohnern des Deutschen Reiches 357,7 an der Tuberkulose starben, waren es im Jahresfrist 1902 bis 1906 201,9 und im Jahre 1908 192,5, so daß der Fortschritt der Besserung bedeutend und unverkennbar ist. Die Freude darüber wird indes erheblich gemindert, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die 192,5 immer noch den neunten Teil der im Jahre 1908 1707 Verstorbenen auf je 100 000 Einwohner ausmachen und daß ferner die absolute Zahl der an der Schwindsucht Gestorbenen eine ununterbrochene Zunahme erfuhr, von 27 287 jährlich im Durchschnitt des Jahresfrists 1877 bis 1881 auf 43 049 im Jahre 1908. Für die Arbeiterklasse wird die Sache noch schlimmer, wenn man weiß, daß sie es ist, die fast ausschließlich von der furchtbaren Krankheit heimgesucht wird. Die Arbeiter haben somit auch nicht den mindesten Grund dazu, etwa einen Jubelruf darüber anzustimmen, wie herrlich weit wir es gebracht haben!

Dagegen ist die neue Schrift über „Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung“ von Professor Dr. Sommerfeld, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband herausgegeben hat\*, sehr zu begrüßen, da sie die furchtbare Krankheit und ihre schrecklichen, verheerenden Wirkungen sehr anschaulich vorführt und den ganzen Ernst des Problems zum vollen Bewußtsein bringt.

Wir übergehen die Naturgeschichte der Tuberkulose und die Fortschritte, die erst seit einem halben Jahrhundert mit ihrer wissenschaftlichen Behandlung gemacht wurden, um nur bei ihren Ursachen, ihrer Verbreitung und Bekämpfung kurz zu verweilen. Als Ursachen kommen die Staubbelastung, die ungünstige gewerbliche Beschäftigung, die Überanstrengung, ungewöhnliche Lebensweise und natürlich auch die erbliche Belastung in Betracht. Das Kapitel vom Staub wird in der Schrift sehr eingehend behandelt, was auch für uns besonderes Interesse hat, da in der Metall- und Maschinenindustrie der Staub eine große Rolle spielt. Den feinsten und gefährlichsten Staubarten sind die Schleifer und Polierer ausgesetzt, die nicht nur durch den Metallstaub, sondern auch durch die von der Schmirgel- und Sandsteinscheibe sich ablösenden reichlichen Staubmengen belästigt werden. Je feinkörniger eine Staubarart ist, um so leichter wird sie eingeatmet und um so leichter gelangt sie in das Gewebe der Lunge selber. Hier findet man stets reichlich abgelagerten Staub und nach dem Grade seiner Gefährlichkeit ruft er krankhafte Veränderungen hervor, Lungenentzündungen und die Tuberkulose.

Auf einer Anzahl vergleichender, nach Berufsarten geordneter Tabellen gibt der Verfasser eine statistische Uebersicht über die Verbreitung der Tuberkulose, wozu er die Ergebnisse von 38 Berliner Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen sowie seine geordneten Enqueten über einzelne Gewerbe und die vorhandene einschlägige Literatur benützte. Die erste Tabelle mit 38 Berufsarten und 906 340 Krankenkassenmitgliedern ergibt, daß von 1000 Todesfällen 478,9 auf die Lungenschwindsucht entfallen. Demgegenüber weisen die Metallarbeiter folgende Verhältniszahlen auf: Schmiede 666,7, Graveure und Siseleure 621, Maschinenler 571,4, Bergarbeiter 547,8, Arbeiter 538,5, Klempner 568, Goldschmiede 402,9, Maschinenbauarbeiter 369,4, Selbige 300, Kupferische 279,3; die geringste Sterblichkeit an Tuberkulose weisen die Radierer mit 157,9 auf 1000 Todesfälle auf. Ueber den Schmieden, die von den verschiedenen Branchen der Metallarbeiter die größte Sterblichkeit an der Tuberkulose mit zwei Dritteln aller Todesfälle aufweisen, stehen in der Tabelle nur noch die Pürschner mit 678,8.

Eine Gliederung des statistischen Materials nach Berufen, in denen die Arbeiter der Einatmung beträchtlicher Staubmengen ausgesetzt sind oder in denen die Arbeit sich völlig oder doch nahezu ohne Staubbelastung vollzieht, ergibt sehr erhebliche Unterschiede

in der Häufigkeit der Tuberkulose als Todesursache. So sind in den Berufen ohne Staubeinwirkung von je 1000 Lebenden 2,39, in denen mit Staubeinwirkung aber 5,42 an der Tuberkulose gestorben. In den Berufen mit metallischem Staub (Leber, Holz, Papier, Tabak, Wolle und Baumwolle) 5,64 und in denen mit mineralischem Staub nur 4,42, so daß der metallische Staub der gefährlichste ist. Vergleichsweise sei angeführt, daß von je 1000 Berlinern männlichen Geschlechts im Alter von über 15 Jahren 4,93 an der Schwindsucht gestorben sind.

Interessant ist ein Vergleich der verschiedenen Berufsgruppen nach einer württembergischen Statistik. Danach entfielen von 100 in den Jahren 1899 bis 1901 im Alter von 15 und mehr Jahren an der Tuberkulose Verstorbenen auf:

	Selbständige		Arbeiter	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Landwirtschaft	12,2	12,8	15,8	12,5
Bergbau und Industrie	16,5	15,8	34,9	27,4
Gandel und Verkehr	17,6	13,3	24,0	25,7

Die Gruppe Landwirtschaft steht weitaus am günstigsten da, was auf die Arbeit im Freien, das Fehlen schädlicher Berufseinflüsse, schlechter Arbeitsräume etc. zurückzuführen ist. Ungünstiger sind die Verhältnisse in den anderen Gruppen, und zwar für Unternehmern wie für Arbeiter, namentlich aber für die männlichen Industriearbeiter, die mit 34,9 Prozent Tuberkulosefällen das Maximum erreichen. Dieser Vergleich ist speziell nach der Richtung von Bedeutung, daß die agrarische Presse zum Zwecke demagogischer Verheerung nicht selten verlogene Gegensätze von darbenenden Bauern — als den sich, wenn es ihm in den Kram paßt, auch der millionenreichen Junker ausgiebt —, und wohllebenden Industriearbeiter, der nur hohen Lohn haben, aber nicht viel arbeiten will, konstruiert. Die Statistik zerstört diesen kreppelosen Schwundel reslos, indem sie zeigt, wie unendlich viel günstiger die Lebensverhältnisse der „Landwirtschaft“ sind als die der Industriearbeiter. Dabei vergessen wir nicht der Not der ländlichen Arbeiter und kleinen Bauern, die die einzigen sind, die auf dem Lande von der Schwindsucht erfaßt werden.

Weiter auf das wertvolle statistische Material einzugehen, müssen wir uns verlagern, um nicht zu weitläufig zu werden. Dagegen empfehlen wir unseren Verbandskollegen sehr angelegentlich die Anschaffung und das fleißige Studium der Broschüre.

Ein erheblicher Teil der Schrift ist der Bekämpfung der Tuberkulose gewidmet. Eine große Aufgabe fällt dabei der Arbeiterklasse zu, namentlich im Hinblick auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume, der Betriebsbedingungen, Maschinen und Gerätschaften, Heizung, Belüftung, Ventilation, Arbeitszeitverkürzung etc. Dazu kommen die öffentliche Gesundheitspflege und in individueller Beziehung Hautpflege, überhaupt Reinlichkeitspflege aller Art, rationelle Kleidung, Ernährung und Wohnung und schließlich die Fürsorge für die trotz alledem an der Tuberkulose Erkrankten, wobei besonders die soziale Versicherung hervorragend mitwirken soll.

Nach der vorliegenden Schrift erhellt so recht klar die unermeßlich große Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes für Arbeitsezeitverkürzung und Lohnverbesserung im Interesse der Gesunderhaltung und dauernden höchsten Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Die aus der Überanstrengung und zu langer Arbeitszeitdauer entspringende Ermüdung bezeichnet Professor Dr. Sommerfeld als einen Zustand, der an der Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit liegt. In diesem gefährlichen Zustand befindet sich aber Tag für Tag die weitaus überwiegend große Mehrzahl der Arbeiter, von denen denn auch viele wahre „Gesundheitskandidaten“ sind, so daß deren Zahl ohne Zweifel gewaltig größer ist als die der vermeintlichen oder wirklichen Krankheitskandidaten. Wäre sie nicht ohnehin unser Ziel, die weitere und fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit bis zum Abschlußtag, die vorliegende Schrift würde die Gewerkschaften veranlassen, sie in ihr Programm aufzunehmen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Patienten nicht kümmern und für die der Arbeiter wirklich nur Objekt ist, hinter dem das Subjekt, der Mensch, verschwindet, hebt Dr. Sommerfeld auch die Notwendigkeit eines ausreichenden Arbeitslohnes hervor, damit der Familienunterhalter sich zu neuer anstrengender Arbeit fähig machen kann und die heranwachsende Jugend eine kräftige Grundlage erhält. Ja, er erblickt darin den Beginn aller öffentlichen Gesundheitspflege und er bekämpft alle Maßnahmen, die zur Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und zur Verteuerung der Lebenshaltung führen müssen, als Schädlinge für die Volksgeundheit.

Wer darum entscheidet die Tuberkulose bekämpfen will, darf sich nicht nur auf die Errichtung von Fürsorgestellen und Erbauung von Heilstätten beschränken, sondern muß gleichzeitig warm und tatkräftig auch für die Wohnungsfürsorge und für die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung eintreten.

Die lehrreiche Sommerfeldsche Schrift sollte von jedem Arbeiter gelesen und praktisch verwertet werden.

### Pharisäer.

Bs. Man weiß, wieviel Sünden die „christlichen“ Gewerkschaften in letzter Zeit auf ihr Gewissen geladen haben. Sie haben den Streikbruch schon immer geübt, wenn es ihnen in den Kram paßte; aber es handelte sich in früheren Jahren doch immer nur um Einzelvorkommnisse, die unverzüglich in jedem Falle, aber doch deshalb milder schwer ins Gewicht fielen, weil in der Regel bei Lohnbewegungen, Ausständen etc. sich die Christlichen den Gebote

\* Die Schrift ist durch M. Schilde & Co. in Stuttgart, Rötterstraße 16a, zu beziehen. Preis 1,10 Mk. inklusive Porto.

der Solidarität fügen. In der letzten Zeit ist das anders geworden. Die Christlichen merken, daß sie aus eigener Kraft nicht viel vermögen, die denkenden, die verständigen Kreise in der deutschen Arbeiterklasse wollen von ihnen nichts wissen. Wie ein „drohendes Ungeheuer“, so schrieb jüngst die Westdeutsche Arbeiterzeitung, wie ein „Miese“ steht die sozialistische Arbeiterbewegung vor uns, die sozialistische Uebermacht droht die christlichen Organisationen „hinsichtlich zu erdrücken“. Dieser Notruf offenbar die Verweigerung der christlichen Arbeitervertreter, in der sich die Christlichen befinden, und aus dieser Stimmung heraus erklärt sich das Bestreben der Christlichen, sich der Regierung, den Parteien und den Unternehmern anzuschließen, um mit ihrer Hilfe zu retten, was sie retten zu können glauben. Daher diese würdelose Umschmeißelung einer politisch wie sozialpolitisch unabhängigen Regierung im Reich wie in Preußen durch die christlichen „Arbeitervertreter“; daher ihr Bestreben, die „gute“, „rationale“ und „staatsbehaltende Bestimmung“ der christlichen Gewerkschaften zu belanden und nach oben hin die Organisationen, die nicht ins christliche Horn stoßen, als umfänglich, staats- und gesellschaftsfeindlich zu denunzieren! Daher ihre Mitwirkung bei den scharfmacherischen Plänen des Zentrums, das wie in Bayern offen für die Vernichtung des Koalitionsrechts der Staatsangestellten und Staatsarbeiter eintritt, das die Gleichberechtigung der Staatsbürger mit Füssen tritt, indem es Sozialdemokraten die Beschäftigung im Staatsdienst verweigert, alles unter Zustimmung der christlichen Gewerkschaftsführer! Daher der zum System gewordene Streikbruch: Zechen-Lufas, Haus-Ham, Ellenburg, Düsseldorf, Dortmund (Union) — um nur einige Fälle aus der großen Zahl der Schwestern der letzten Monate zu nennen; daher ihre Abseitsstellung bei der letzten Lohnbewegung der Bergarbeiter, an der sich der alte Verband, die polnische und die sächsische Dünckerse Organisation beteiligten, die aber erfolglos blieb, weil der christliche Gewerkschaftsbund das gemeinsame Vorgehen für die Bewegung zur Ausschüttelbarkeit verurteilte!

Se offensichtlich das arbeiterverräterische Treiben der Christlichen, desto lauter ihr Geschrei von der Fürtreue ihres Wirkens und der Notwendigkeit ihres Daseins, das die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung verbürgen soll; desto frecher und roher auch ihr Geschrei über die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. So bringt der Deutsche Metallarbeiter, das Organ des großmächtigen Herrn Wieber, in seiner Nummer 12 einen Agitationsartikel für den christlichen Metallarbeiterverband. Darin ist die Rede von „gewissenlosen Demagogen und Revolutionäromantikern“, die mit den „irregulierten Massen“ ein freies Spiel treiben; von sozialdemokratischen Führern, die „den Unberührten systematisch kultivieren“, um sich die Massen mittels hohler Phrasen und Versprechungen als blindergegebene Nachfolger zu sichern. So wollen es, wie wir dann weiter hören, die Christlichen nicht machen; sie wollen des Dichters Wortes gedenken, ein „einig Volk von Brüdern“ zu sein und der „Reichsfeier Würde“, die in ihre Hand gegeben ist, bewahren und bald wird — man lasse nicht! — die Erde erzittern vor dem Waffeneintritt der christlichen Arbeiterdankwaller, die wissen, was sie wollen und was dem Stande frommt!

Das Blatt des Herrn Wieber als Erzähler! Man muß die Bände dieses edlen Organs aus den Jahren 1900 bis 1902 durchblättern, um zu erkennen, mit welchem Rechte sich gerade dieses Blatt als Schulmeister der sozialistischen Bewegung aufspielt. So wollen es, wie wir dann weiter hören, die Christlichen nicht machen; sie wollen des Dichters Wortes gedenken, ein „einig Volk von Brüdern“ zu sein und der „Reichsfeier Würde“, die in ihre Hand gegeben ist, bewahren und bald wird — man lasse nicht! — die Erde erzittern vor dem Waffeneintritt der christlichen Arbeiterdankwaller, die wissen, was sie wollen und was dem Stande frommt!

Und es ist mit dem erwähnten Versuch nicht abgetan. In derselben Nummer bringt das Wieberblatt einen Artikel, betitelt: „Ein sozialdemokratisches Kulturbild“. Darin wird geklagt über die „hellenenartigen Vorgänge“ der letzten Zeit, an denen sich erwiesen haben soll, wie schwer sich die sozialdemokratische Bewegung an dem wahren Interesse verhängt und wie sie den größten und wichtigsten Stand in unserer Gesellschaftsordnung um alle Achtung in der Öffentlichkeit zu bringen vermag. Beweis: Ein Bericht des Wieberblattes über eine Berliner Versammlung, die angeblich durch Mitglieder unseres Verbandes geleitet worden ist. Und an dieses Ereignis als unläuterer Quelle knüpft das Wieberblatt folgende aus Heuchelei und Bosheit zusammengesetzte Rede: „Fürwahr, ein erschreckender Abgrund hat sich vor unseren Augen auf. Eine Bewegung, die mit solchen Mitteln kämpft, ist ein Unglück für den Arbeiterstand und hat jeden Namen einer Kulturbewegung verloren. Das ist jammervoll, aber es ist, daß diese jammervollen Kampfeskämpfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften geradezu typisch zu werden drohen. Wenn diese Leute in der oben geschilderten Weise gegen Gewerkschaften kämpfen, was werden wir von dieser Seite zu gewärtigen haben, wenn wir sie nicht zwingen, mit uns zu rechnen. Wegen des halb unser Kollegen aus obigen Aufsatz um die Lehre ziehen, daß die Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung notwendig eine Lebensfrage für den Arbeiterstand geworden ist.“

Und das steht in demselben Blatt, das den letzten Seiten übergeben hat in dem jammervollen Kampf zwischen den „Kulturkämpfern“ Gewerkschaften und der „Kulturkämpferischen“ Arbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaften sind in der christlichen und katholischen Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Die christlichen Gewerkschaften sind in der christlichen und katholischen Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Die christlichen Gewerkschaften sind in der christlichen und katholischen Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Die christlichen Gewerkschaften sind in der christlichen und katholischen Gewerkschaftsbewegung zu integrieren.

empfinden „Ekel vor ihren Führern“ und seien des „Sauerbrentens“ der christlichen Gewerkschaftsagitatoren müde! In diesem Streit im christlichen Lager war, wie gesagt, das Blatt des ultramontanen Metallarbeiterverbandes hervorragend beteiligt. Und dieses edle Organ, das im „Genuß geistiger Polemik“ geboren und erzogen wurde, hat die Annahme, sich als der Erzieher der deutschen Arbeiterklasse auszuspielen! Die Christlichen haben bei verständigen und anständigen Arbeitern nichts mehr zu gewinnen, ihre Laten reden eine zu deutliche Sprache. Je deutlicher ihre Hoffnungslosigkeit, desto lauter ihr Geschrei!

## Die Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1909.

### III.

Folgende Uebersicht zeigt nun zunächst, wie sich die Vorgänge, bei denen die Unfälle passierten, auf die einzelnen Berufsgenossenschaften verteilen.

Berufsgenossenschaften	Von den entschädigten Unfällen ereigneten sich										
	Zusammen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen	bei Eisenbahnarbeiten, Handlungen, Handlungen
Feinmechanik u. Elektrotech.	540	60	135	238	111	37	252	1373			
Süddeutsche Eisen- u. Stahl-	788	132	113	219	354	120	303	2029			
Süddeutsche Eisen- u. Stahl-	97	89	56	65	186	63	112	695			
Rheinl.-W. Hütten- u. Walzm.	893	183	187	233	436	810	286	2528			
Maschinen- u. Kleinmaschinen-	823	105	224	218	211	84	371	2036			
Sächs. Thür. Eisen- u. Stahl-	356	88	104	123	155	139	980				
Nordholländ.	449	47	179	161	184	36	267	1923			
Schlesische	489	154	206	242	356	201	201	1851			
Nordwestliche	447	59	127	216	262	19	267	1997			
Süddeutsche Eisen- u. Unedel-	211	8	2	19	65	14	20	339			
Nordwestliche Metall-	529	31	29	112	107	16	105	929			
Schmiede	53	36	46	69	12	27	226	489			
Zusammen	6707	985	1439	1907	2439	951	2549	15975			

Von den Unfällen an Maschinen entfallen die meisten auf die Rheinisch-westfälische Hütten- und Walzwerks-B.G., die Maschinenbau- und Kleinmaschinen-B.G. und die Süddeutsche Eisen- und Stahl-B.G. Die wenigsten Maschinenunfälle hat die Sächsische B.G. Bei dieser passierten die meisten Unfälle durch Tiere und sonstige Vorgänge; bei der Süddeutschen Eisen- u. Stahl-B.G. passierten die meisten Unfälle beim Auf- und Abladen von Gegenständen, bei allen anderen Berufsgenossenschaften stehen die Maschinenunfälle obenan. Beim Vergleich der Berufsgenossenschaften untereinander finden wir die meisten Unfälle durch feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe bei der Rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerks-B.G. und der Schlesischen Eisen- und Stahl-B.G. Durch Zusammenbruch, Einsturz, Gerab- und Umfallen von Gegenständen passierten die meisten Unfälle in der Maschinenbau- und Kleinmaschinen-B.G., durch Fall von Leitern etc. ist die Höchstzahl der Unfälle in der Schlesischen Eisen- und Stahlindustrie vorgekommen.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Berufsgenossenschaften bestrebt sind, einen Rückgang der Unfälle herbeizuführen, mit den von ihnen angewendeten Mitteln erreichen sie jedoch ihren Zweck nicht. Was nützen zum Beispiel die schönsten Vorschriften, wenn sie nicht befolgt und eingehalten werden! Auch die paar Mark Strafe, zu denen sie und da ein Unternehmer verurteilt wird, können eine erzieherische Wirkung nicht ausüben. Solange nicht eine ständige und eingehende Kontrolle der Betriebe erfolgt und solange nicht die Unternehmer durch Zwangsmittel dazu veranlaßt werden, für ausreichenden Schutz von Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter zu sorgen und gerechte Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben einzuführen, wird nichts richtiges erzielt werden.

Die in einem Teil der Berichte der Berufsgenossenschaften wieder auftauchenden Vorwürfe gegen die Arbeiter wegen Nicht-Einhaltung und Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften müssen wir so lange zurückweisen, bis den Arbeitern auch genügend Zeit zur Einhaltung dieser Vorschriften gewährt wird, bis die Unternehmer selbst die Vorschriften befolgen und — das Wichtigste mit — bis den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, an der Unfallverhütung mitzuarbeiten. Wir befehlen keineswegs, daß einzelne Unfälle infolge von Leichtsinn und Unachtsamkeit der Arbeiter entstanden sind, aber diese Fälle zu vernachlässigen und auf sie die Mehrzahl der Unfälle zu schieben, geht nicht an. Die Statistiken über die Prozentzahl der Unfälle durch Schuld der Arbeiter sind übrigens außerordentlich ungenau, da sie vielfach auf Grund subjektiver Aufschätzungen aufgestellt sind. Seit wichtiger wäre es, wenn die Berufsgenossenschaften darauf dringen würden, daß die Arbeiter selbst mitarbeiten dürfen, um eine Verringerung der Unfälle herbeizuführen. Wie schonreich diese Mitarbeit ist, zeigt der Bericht des technischen Aufsichtsbekanntens der Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotech. Das wird unter anderem gesagt:

In einigen Großbetrieben sind Arbeitervereinigungen organisiert, die auch Maßnahmen zur Vermeidung der Unfälle ergreifen. Ein solcher Verein ist der Berliner Verein der Eisen- und Stahl- und Kleinmaschinen-B.G. hat im Berichtsjahr 23 Kundengänge veranstaltet, in 124 Fällen (man denke, in einem Betrieb!) Anbringung oder Verbesserung der Schutzvorrichtungen an Arbeits- und Fertigungsmaschinen, Transmissionsen etc. veranlaßt, außerdem Fehler in den elektrischen Betriebsvorrichtungen aufgedeckt, Verbesserung der Lüftungs- und Heizungsvorrichtungen angesetzt und um die Erhöhung der Feuerherheit sich bemüht. Die erfolgreiche und gegenwärtige Wirksamkeit dieser Arbeitervereinigungen geht überzeugend aus der Statistik hervor, daß die Zahl der gemeldeten Unfälle im Jahre 1909 um 7 Prozent der Arbeiterzahl sinken konnte und auf 4,2 Prozent im Berichtsjahr zurückgegangen ist.

Ueber die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften schreibt der Bekannte auf der gleichen Seite:

Zu allgemeinen sind auch in diesem Berichtsjahre dieselben Verhältnisse gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt worden wie in den früheren; vielleicht ist die Anzahl der Verletzungen geringer geworden. Leitern stehen sehr häufig Sicherungen gegen Abgleiten und Anstürzen vermissen. In vielen Fällen entprechen elektrische Handlampen zum Anleuchten von Dampfmaschinen nicht den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, welche auch in einem Preussischen Ministerialerlaß vom 14. April 1907 als maßgebend anerkannt wurden, und noch häufiger werden die Leiterleitungsarbeiten zu solchen Handlampen benützt, wobei die nicht den hohen Anforderungen entsprechende, die in Bezug auf Schutz gegen äußere Beschädigungen geprüft werden müssen. Die nachlässige Ausführung von Arbeitern war in vielen Fällen anzusehen, und der Jahresbericht wurde häufig in mangelhaftem Zustande angefertigt. Treppen und Stangen waren vielfach unzureichend gesichert, da sie Schutzvorrichtungen gegen Sturzverletzungen entbehren, hauptsächlich in den Fällen, wo ein häufiger Bedarf in der Benutzung ist und in der Form der Arbeitshände ungenügend sind. In Betrieben fehlten in vielen Fällen Schutzvorrichtungen an Schwingelheben, Schweißmaschinen, Sägen, Schneemaschinen und ähnlichen Vorrichtungen, die eine mangelhafte Schutz für die rotierenden Stangen feststellte oder es machte die Festlegung der vorhandenen Vorrichtungen; auch Spanngewichte für den Fortschritt der Stangen waren mangelhaft angebracht. In der Holzbearbeitung waren Schutzvor-

und Spaltkeil an den Kreisfräsen und die Abdeckung des Messerspaltes an Hobelmaschinen am häufigsten Gegenstand der Bemerkung; an Fräsmaschinen fehlten vielfach Schutzringe um die Kronenfräser. In elektrischen Anlagen gaben immer noch alte Schalttafeln Veranlassung, Schutzabdeckungen an offenen Abschmelzgeräten vorzunehmen. Stromführende Teile von Hochspannungsanlagen wurden ohne Schutz gegen zufällige Berührung angebracht. Auffahrtentürme waren in einigen Fällen ohne jede Lüftung, häufig machte eine Verbesserung der nicht ausreichenden Lüftung gefordert werden.

Wir wissen nicht, ob der Bekannte die richtigen Schlüsse aus diesen beiden Tatsachen gezogen hat; ausgesprochen hat er sie auf keinen Fall, denn er müßte zunächst, seine Stellung zu erschüttern. Einem Beamten, der sich so auf und ab auf die Seite der Arbeiter stellt, können die Unternehmer nicht dankbar sein. Die Ausführungen sind aber ein deutlicher Beweis für unsere Forderung, die Arbeiter an der Unfallverhütung mitwirken zu lassen.

Die Mängel und Mängel, wie sie oben aus den feinechnischen und elektrotechnischen Berichten geschilbert werden, sind zum Teil sogar in weit höherem Maße auch in den anderen Gewerbegruppen zu finden. Eine Statistik über die Mängel in den Betrieben läßt sich leider nicht aufstellen, da die Berichte der Berufsgenossenschaften nur spärliche Angaben enthalten.

Auch über den Reichtum bei den Berufsgenossenschaften läßt sich eine überschlägliche Darstellung nicht geben. Soweit Zahlenmaterial vorliegt, zeigt es jedoch aufs neue, daß die Berufsgenossenschaften ihr bekanntes „Glück“ nicht verlassen hat, die Zahl der anerkannten Rückfälle der Versicherter ist äußerst gering, nur in durchschnittlich 10 Prozent der Fälle wurde ein obliegendes Urteil erzielt, während die Berufsgenossenschaften dank ihrer Kenntnis aller Rechtsmittel und Rechtsmittel etwa 60 Prozent ihrer Rückfälle anerkannt erhielten.

Ueber die hauptsächlichsten Ausgaben der Berufsgenossenschaften orientiert folgende Aufstellung.

Berufsgenossenschaften	Auf einen Versicherten entfallende Ausgaben für											
	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	
Feinmechanik u. Elektrotech.	1489	197	195	203	55	135	9461	53	476	27	616	219
Süddeutsche Eisen- u. Stahl-	2446	112	271	933	100	223	3458	119	369	26	815	288
Süddeutsche Eisen- u. Stahl-	936	759	226	747	63	451	728	29	603	14	405	114
Rheinl.-W. Hütten- u. Walzm.	3735	171	791	462	211	134	4444	104	904	38	025	256
Maschinen- u. Kleinmaschinen-	2687	239	334	708	131	817	3639	80	415	34	057	259
Sächs. Thür. Eisen- u. Stahl-	1359	942	133	216	60	568	171	59	656	18	384	234
Nordholländ.	2065	753	251	032	59	519	16120	59	333	8	369	282
Schlesische	1855	685	376	935	111	360	4767	72	854	17	057	154
Nordwestliche	2222	249	339	804	77	116	2670	88	505	24	177	231
Süddeutsche Eisen- u. Unedel-	346	821	27	620	9	921	1	12	303	10	223	50
Nordwestliche Metall-	971	454	90	672	24	801	3433	37	515	11	504	136
Schmiede	408	469	82	735	14	567	—	29	104	17	054	209

Damit sind die Gesamtausgaben noch nicht vollständig dargestellt, zu den Summen treten noch Posten für Kurserbfolge, Hypothekenzinsen, Steuern und sonstige Abgaben, Reparaturkosten sowie die Entgelte in den Meisterfonds. Diese Ausgaben sind jedoch für uns weniger von Interesse und aus diesem Grunde nicht aufgeführt. Ausführlicher wollen wir jedoch darauf hinweisen, daß die Ausgaben in obiger Tabelle nicht die Gesamtausgaben der Berufsgenossenschaften darstellen.

Den Hauptteil der Ausgaben verschlingen die Entschädigungen an Verletzte, der Aufwand sämtlicher Berufsgenossenschaften für diesen Zweck betrug rund 20,32 Millionen Mark; für Sterbegeld und Aufwendungen an Hinterbliebenen wurden zusammen 3,16 Millionen Mark aufgewendet; die Behandlung in Heil- und Genesungsanstalten kostete 0,91 Millionen Mark; die Kosten der Unfalluntersuchungen und Befestigung der Entschädigungen beliefen sich auf 0,75 Millionen Mark. Der Rechtsgang kostete 0,38 Millionen Mark und die Verwaltungskosten verschlangen 1,92 Millionen Mark.

Bei allen Unfällen sind die Berufsgenossenschaften auf Grund des § 76 u. des Krankenversicherungsgesetzes berechtigt, das Geldverleihen auf ihre Kosten zu übernehmen. Berechtig, aber nicht verpflichtet! Und die Berufsgenossenschaften hüten sich in den meisten Fällen, Anspruch auf diese Berechtigung zu machen. Von zwei Berufsgenossenschaften sind im Berichtsjahr für diesen Zweck überhaupt keine Ausgaben gemacht worden, die anderen zehn haben für die Verletztenfürsorge innerhalb der Wartezeit ganze 48 889 M. aufgewendet. Die Kosten für die Befestigung der Unfallfolgen werden also zum größten Teile den Krankenkassen aufgebürdet, die zu zwei Dritteln aus den Beiträgen der Arbeiter unterhalten werden. Wichtige Beträge sind auch für die Unfallkosten in den Ausgaben aufgewendet worden im Hinblick auf die ungeheure Wichtigkeit, die diese Frage beansprucht. Ein richtiges Bild von der Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufsgenossenschaften wird nur gewonnen durch Uebersicht der Ausgabenposten auf den Kopf der versicherten Personen. Für die Entschädigungsbeträge einschließlich Renten an Angehörige, Sterbegeld und Behandlung in Heil- und Genesungsanstalten, ferner für die Fürsorge innerhalb der Wartezeit, für die Unfalluntersuchungen, den Rechtsgang, die Unfallverhütung und die Verwaltungskosten der zwölf Berufsgenossenschaften liegt das Ergebnis einer solchen Berechnung in folgender Tabelle vor.

Berufsgenossenschaften	Auf einen Versicherten entfallende Ausgaben für					
	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens	Beitrag zu den Beiträgen u. Kosten des Betriebsunternehmens
Feinmechanik u. Elektrotech.	7,30	0,089	0,22	0,19	0,11	0,78
Süddeutsche Eisen- u. Stahl-	13,59	0,016	0,57	0,27	0,13	1,12
Süddeutsche Eisen- u. Stahl-	20,60	0,012	0,49	0,15	0,24	1,76
Rheinl.-W. Hütten- u. Walzm.	28,63	0,023	0,63	0,24	0,23	1,31
Maschinen- u. Kleinmaschinen-	14,25	0,016	0,86	0,17	0,15	1,00
Sächs. Thür. Eisen- u. Stahl-	10,11	0,001	0,88	0,17	0,09	0,88
Nordholländ.	18,99	0,128	0,44	0,31	0,06	1,71
Schlesische	18,86	0,040	0,64	0,28	0,15	1,18
Nordwestliche	17,94	0,018	0,66	0,35	0,16	1,21
Süddeutsche Eisen- u. Unedel-	4,66	—	0,15	0,06	0,16	0,58
Nordwestliche Metall-	8,36	0,026	0,28	0,14	0,08	0,80
Schmiede	3,28	—	0,19	0,16	0,11	1,26
Zum Gesamtdurchschnitt	13,61	0,027	0,42	0,21	0,15	1,07

Zum Gesamtdurchschnitt der zwölf Berufsgenossenschaften sind danach für Entschädigungen etc. 13,61 M. pro Versicherten zur Auszahlung gelangt, die Ausgaben für Unfalluntersuchungen betragen 0,42 M., die für den Rechtsgang 0,21 M. Die Verwaltungskosten pro Person 1,07 M. Für die Unfallverhütung wurde 0,15 M. und für die Verletztenfürsorge 0,27 M. ausgegeben. Die beiden letzten Posten sind zum Beispiel im Vergleich mit den Verwaltungskosten außerordentlich gering und bringen deutlich zum Ausdruck, wie wenig Wert die Unternehmer diesen Sachen zusetzen. Dieser Durchschnittsbetrag wird zu allem nur von einem Teil der Berufsgenossenschaften erreicht, die Nordholländische Eisen- und Stahl-B.G. hat zum Beispiel für Unfallverhütung nur 6 S. pro Versicherten aufgewendet, die Nordwestliche Metall-B.G. für denselben Zweck 8 S. Diese Zahlen beweisen, daß für die Ueberwachung der Betriebe nicht das geschieht, was geschehen sollte. Es liegt uns fern, die Unfallversicherung in den Augen der Versicherten herabzusetzen. Wir wissen sehr wohl, daß in anderen

ändern für die Opfer der Industrie in noch geringerem Maße gesorgt wird. Das darf aber nicht hindern, neben die Leistungen der Berufsgenossenschaften die im Dienste des Kapitals verlegten, verkrüppelten und verstümmelten Gliedmaßen zu stellen und an alle die Unglücklichen zu denken, die durch die Winkelzüge der Berufsgenossenschaften ihre ihnen von Rechts wegen zustehende Rente ganz oder teilweise verloren haben, ferner uns aller der Tausende zu erinnern, über die infolge der Unfälle Not, Elend und Unglück hereingebrochen ist.

Schickt das, dann erkliden wir die ruhmredigen Statistiken der Berufsgenossenschaften über ihre Leistungen in einem andern Licht.

### Ein nettes Kleeblatt.

Der Arbeitgeberverband der Kreise Sagen-Schwelm und einige Unternehmer Arm in Arm mit dem Revolverhelden und Streikbrecheragenten Gottfried Ferber — wahrhaftig ein wundervolles Trio! Der Streikbrecheragent Gottfried Ferber steht in engster Fühlung mit den Herren, die, wenn man darauf anspielt, entrüstete Abwehrbewegungen mit Händen und Füßen machen und so tun, als wenn sie mit solchen Elementen nichts zu tun haben wollten.

Ferber läßt bei jeder Gelegenheit Annoncen los. Wir haben nun einmal darauf reagiert und erhielten folgendes Antwortschreiben:

Herrn . . . . . Warmen, 4. März 1911.

In höchlicher Beantwortung Ihres Briefes vom 3. cr. teile Ihnen mit, daß Sie sich in Sagen, Kaiserstraße 27, beim Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Herrn Jacobs unter Bezugnahme dieses Schreibens melden können. Sie werden da lohnende Arbeit erhalten.

Hochachtungsvoll  
(Stempel)  
i. V.: Gottfried Ferber  
Warmen  
ges. J. Forsthövel.

Diese Mitteilung machte uns Freude, weil dadurch bewiesen ist, daß der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Sagen, Herr Jacobs, mit dem Ferber in dauernder Verbindung steht. Der Herr Jacobs, der bei den Verhandlungen in Sagen (als Kollege Spiegel auf die Ferberkolonne hinwies, die bei Wittmann Nachfolger damals eine Gastrolle gab) erklärte, daß er mit diesen Leuten nichts zu tun haben wolle, man kenne sie schon zu Genüge.

Dem freundlichen Rat des Ferber folgend, wandten wir uns darauf an Herrn Jacobs und erhielten von ihm folgendes Schreiben:

Arbeitgeberverein für die Kreise Sagen-Schwelm. Sagen i. W., 10. März 1911.

Geschäftsstelle: Kaiserstraße 27. Fernsprecher Nr. 640 und 670. Herrn . . . . .

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 5. cr. teilen wir Ihnen mit, daß wir Forme jederzeit einstellen können. Näheres auf der Nachweisstelle.

Achtungsvoll  
(Stempel des Nachweises des Arbeitgebervereins)  
ges. i. V.: Müller.

Ja, ja, man kann Forme zu jeder Zeit einstellen, das heißt, wenn man nur welche bekommen kann. Die, die Ferber besorgt, sind großartig im Mucken und Erzeugen von Bruch, aber nicht im Arbeiten. Dafür geben wir Referenzen an: Gebüder Dörken (Wewelsberg), Ortman (Osnabrück), Wittmann Nachfolger (Hafpe), Kempeisen Eisenhütte, Plantholdt (Wünde), Niebaum & Gutenberg (Herford) u. a. m. Herr Jacobs hat den Brief nicht unterschrieben — ob er sich vielleicht doch schämt? Hier paßt aber das Sprichwort: Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist. Die Metallarbeiter von Sagen-Schwelm mögen sich also merken, daß der dortige Arbeitsnachweis in engster Verbindung mit dem Revolverhelden Ferber steht. Es müssen aber den Herren doch sehr wenig Forme zur Verfügung stehen (Bruchbrüder, Sonnenbrüder und Kommandobrüder vielleicht genug), denn aus dem Hannoverischen erhielten wir auch noch folgendes Schreiben:

Hannoversche Eisengießerei Aktiengesellschaft, Wismar, den 6. März 1911. Andern, Postamt Wismar. Herrn . . . . .

Durch Herrn Gottfried Ferber werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Sie Arbeit suchen.

Wir teilen Ihnen mit, daß sowohl Sie als auch noch mehrere Ihrer Kollegen in unserer Gießerei Beschäftigung als Maschinen- und Handformer erhalten können.

Zu Ihrer Orientierung bemerken wir, daß bei uns nur in Accord gearbeitet wird und daß tüchtige Maschinenformner in der zehnkündigen Schicht 5 bis 6 M., tüchtige Handformner in der gleichen Zeit 6 bis 7 M. und mehr verdienen.

Kopf und Logis können Sie auf unserem Werk erhalten. Da wir mit einem Teil unserer Leute in Differenzen stehen, wollen Sie uns mittels beliebigem Freikouvert mitteilen, mit welchem Zuge und an welchem Tage Sie an unserer Bahnstation Andern-Wismar eintreffen, damit wir Sie abholen lassen können.

Hochachtungsvoll  
1 Freikouvert. Hannoverische Eisengießerei ges. ppa. Jede.

Wirklich reizend, wie liebenswürdig und besorgt man uns was war: schönen Verdienst und sogar Kost und Logis auf dem Werk sollte man haben. Da sage nun noch einer, die Unternehmer in Wismar seien nicht arbeiterfreundlich! Mein Liebchen, was willst du noch mehr?

Es war uns aber in Wismar zu mistig; doch schrieb einer unserer Kollegen nach dort um Reizegel, um zu sehen, ob die Firma auch zahlungsfähig sei. Denn in der heutigen schrecklichen Welt traue der Teufel dem Schornsteinfeger. Bei der Firma Gebüder Dörken zum Beispiel mußten die Klausenreißer der Ferberkolonne 1906 noch beim Gemeindericht klagen, weil sie nach ihrer Ansicht nicht gut genug behandelt worden waren. Es kam dann noch ein Brief, den wir auch hier folgen lassen:

Hannoversche Eisengießerei Aktiengesellschaft, Wismar, 17. März 1911. Andern, Postamt Wismar. Herrn . . . . .

In Erledigung Ihrer Zuschrift vom 15. dieses Monats teilen wir Ihnen mit, daß wir uns nicht dazu entschließen können, Ihnen das Fahrgehalt im voraus zu vergüten, da dies weder üblich ist, noch können Sie für Ihre Kollegen eine Garantie dafür übernehmen, daß das Fahrgehalt auch wirklich zu diesem Zweck benutzt wird.

Wir sind eventuell nicht abgeneigt, Ihnen, falls Sie ein tüchtiger Arbeiter sind, nachdem Sie eine gewisse Zeit bei uns gearbeitet haben, einen Teil oder auch das ganze Fahrgehalt zurückvergüten. Dieses hängt aber wie gesagt von Ihren Leistungen und davon ab, daß Sie bereits eine bestimmte Zeit bei uns gearbeitet haben und wir die Ueberzeugung gewinnen können, daß Sie auch noch länger bei uns bleiben können.

Hochachtungsvoll  
Hannoversche Eisengießerei ges. ppa. Jede. Gabeland.

Trübe Erfahrungen müssen die Unternehmer doch schon mit ihren Heiden gemacht haben; man mag sich aber merken, daß sich ein anständiger Arbeiter nicht mit Leuten à la Ferber, Finke, Krammstedt einläßt, das überlassen wir den Herren, die nach außen hin immer den Anständigen und Gebildeten spielen. Es mag den Herren nicht passen, bei ihren Bemühungen auch noch an die unrichtige Adresse geraten zu sein, uns freut dies aber. Und wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Es wird den Herren Zehe und Haberland in Wismar mäßig zu Mute sein beim Lesen dieser Zeilen. Herr Jacobs in Sagen wird aber eine weitere Blamage registrieren können. Ja, ja, daß man auch so hereinfallen kann!

### Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

XXIX.

Jetzt endlich ist die Kommission mit der Beratung des Entwurfs fertig. Im weiteren Verlauf der dritten Lesung wurden nur noch redaktionelle Änderungen vorgenommen. Die Zahl dieser Änderungen ist sehr groß; trotzdem ist die Fassung des Gesetzes auch jetzt noch nicht so klar und frei von Widersprüchen, wie es bei einem derartig umfangreichen und wichtigen Gesetz unbedingt gefordert werden muß. Bei allen solchen Gelegenheiten zeigt sich immer wieder und wieder der Mangel der gegenwärtigen Gesetzgebung. Im Reichstage ist nicht eine in sich geschlossene einheitliche Mehrheit maßgebend, sondern jedes Gesetz ist das Resultat eines Kompromisses zwischen Parteien, die in vielen Punkten ganz entgegengesetzter Anschauung sind. Das ist der Grund dafür, daß die wichtigsten Gesetze oft genug die schärfsten Widersprüche enthalten. Dieser Mißstand zeigt sich am so schärfer bei der Reichsversicherungsordnung, wie sie jetzt gestaltet ist, weil in der dritten Lesung das Zentrum bei einzelnen Abschnitten die Hand selbst zu solchen Verschlechterungen geboten hat, die in den früheren Abschnitten bereits abgelehnt worden waren. So sind die Bestimmungen über die Landrentenklassen noch viel arbeiterfeindlicher als die über die Ortsrentenklassen. Die Konservativen haben eben Wert darauf gelegt, den Landarbeitern die allernachteiligsten Bestimmungen aufzuerlegen, und das Zentrum hat diesen Anforderungen nachgegeben.

Im ganzen freilich waren bei allen Kompromisspartei, bei den Konservativen, beim Zentrum und bei den Nationalliberalen durchaus arbeiterfeindliche Bestrebungen einschlagend. Je länger sich die Verhandlung hingezogen hat, um so deutlicher trat es zutage, daß diese Parteien die wirklichen Verbesserungen der Arbeiterversicherung aufs äußerste einschränkten und vor allen Dingen darauf bedacht waren, die Entziehung der Arbeiter in der Krankenversicherung gründlich zu besorgen. Das Resultat ist denn auch ganz nach dem Herzen der schärfsten Scharmacher. Es ist sogar schlimmer, als es nach der Regierungsvorlage zu erwarten war. Die Regierungsvorlage wollte zwar auch die Rechte der Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkassen verschlechtern, als Entgelt dafür aber sollte den Arbeitern eine Entlastung in den Beiträgen für die Krankenversicherung zugesandt werden. Die Kompromissparteien haben sich damit begnügt, nur den einen Teil dieses Programms durchzuführen, den Arbeitern die letzten Rechte in der Verwaltung der Krankenkassen zu entreißen, dagegen die Belastung der Arbeiter durch die Beiträge für die Krankenversicherung in keiner Weise zu vermindern.

Auch die Sozialdemokraten haben die Halbierung der Beiträge abgelehnt; aber nicht deshalb, weil sie gegen eine Entlastung der Arbeiter wären, sondern einzig und allein deshalb, weil die Entlastung nach der Regierungsvorlage die Voraussetzung für die Entziehung der Arbeiter sein sollte. Darüber durften die Sozialdemokraten nicht den geringsten Zweifel lassen, daß die Arbeiter sich nicht unter keinen Umständen ihre Rechte abkaufen läßt. Deshalb war es für die Sozialdemokraten selbstverständlich, daß sie unter diesen Umständen eine Veränderung in der Verteilung der Beiträge ablehnten mußten, damit sie um so nachdrücklicher die Entziehung der Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkassen bekämpfen konnten. Das haben sie denn auch mit dem nötigen Nachdruck getan. Sie konnten nachweisen, daß alle Beschwerden, die die Gegner gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen vorbrachten, zum Teil auf unzutreffenden Angaben beruhten; soweit sie aber berechtigt waren, in keiner Weise die Entziehung der Arbeiter rechtfertigen können. Das, was vielmehr in dieser Beziehung in Betracht kam, war einzig und allein die Notwendigkeit, gewisse Kontrollmaßnahmen zur Durchführung zu bringen. Die Entziehung der Arbeiter erfolgt nicht, weil sich das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu weit ergreift, sondern weil es sich zu gut bewährt hat. Die gegenwärtige Entwicklung der Krankenversicherung unter der Leitung der Arbeiter erschöpfen unsere Begierne unerschöpflich, weil dadurch die Arbeiter den Beweis liefern, daß sie selbst ihre Angelegenheiten am besten verwalten, einer Bevormundung durch die herrschenden Klassen nicht bedürftig sind. Die schwere Verschlechterung kann auch durch die geringen Verbesserungen der Arbeiterversicherung nicht ausgeglichen werden. Die jetzige Arbeiterversicherung ist so mangelhaft, daß keine Reform denkbar war, bei der nicht eine ganze Reihe von Verbesserungen in nebenstehenden Punkten vorgenommen würden. Dies ist denn auch geschehen; in allen wichtigen Punkten aber konnten unsere Genossen in der Kommission die notwendigen Verbesserungen nicht erreichen. So sind die Leistungen der Arbeiterversicherung fast durchaus unverändert geblieben. Selbst die ganz ungenügende Invalidenrente ist nur um ein Geringfügiges erhöht worden, so daß nach wie vor die Arbeiterinvaliden eine ganz ungenügende Unterstützung erhalten. Die Witwen- und Waisenversicherung ist nach den Vorschlägen des Regierungsentwurfes angenommen worden, obgleich in der Kommission anerkannt werden mußte, daß die Renten in den meisten Fällen geringer sein werden als die Armenunterstützung. Ganz besonders schwer werden es die Arbeiter aber empfinden, daß an der Leitung der Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung gar nichts geändert worden ist. Hier bleiben die Unternehmer nach wie vor allein maßgebend, die arbeiterfeindliche Praxis wird auch fernerhin die armen verunglückten Arbeiter aufs äußerste drücken.

Nach den Operationen wird die Vorlage im Plenum des Reichstages zur Beratung kommen. Dort wird es sich zeigen, ob die bürgerlichen Parteien es wagen werden, die Vorlage wirklich mit all ihren arbeiterfeindlichen Bestimmungen anzunehmen. Die Sozialdemokraten werden sich bemühen, auch bei dieser Gelegenheit die Rechte der Arbeiter aufs entschiedenste zu vertreten. Die Hauptsache aber wird sein, daß die Arbeiter selbst nicht ruhen, daß sie überall die arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Entwurfs besprechen, gegen sie protestieren und ihre Forderungen auf Verbesserung der Vorlage stellen. Mögen sich hieran auch die Leser unseres Blattes eifrig beteiligen.

### Zum Kampfe in Chemnitz.

Vor acht Tagen ließen die Chemnitzer Metallindustriellen durch die bürgerliche Presse verbreiten, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sich mit ihnen solidarisch erklärt und eine Vertrauenskommission eingesetzt habe, die „in den allernächsten Tagen in eine genaue Prüfung der Chemnitzer Streikbewegung eintreten werde“. Und es war noch hinzugefügt, „daß nunmehr, da der Gesamtverband die Interessen des Chemnitzer Bezirksverbandes zu den seinigen gemacht habe, eine baldige Beendigung der Bewegung zu erwarten sei, zumal der Gesamtverband von der Gesamtaussperrung in ganz Deutschland nötigenfalls schnell

Gebrauch machen wird“. Es ist wohl als sicher anzunehmen, daß die Vertrauenskommission die „genaue Prüfung der Streikbewegung“ bereits vorgenommen hat, über das Resultat ihrer Untersuchung ist aber bis jetzt noch nichts bekanntgegeben worden. Dieses scheint danach nicht besonders günstig für die Chemnitzer Metallindustriellen ausgefallen zu sein und es erklärt das auch, warum der Gesamtverband keine besonderen Maßnahmen gegen den Streik ergriffen hat. Dafür aber haben die Chemnitzer Metallindustriellen eine neue „Drohnote“ in Form eines „Originaltelegramms“ in die Welt geschickt, das lautet:

„In der gestern abend (31. März) in Leipzig stattgefundenen Generalversammlung des Leipziger Bezirksverbandes deutscher Metallindustrieller, welcher je eine Anzahl Mitglieder des Vorstandes der beiden Bezirksverbände von Dresden und Chemnitz beizubehalten, wurde einstimmig zum Zwecke einer noch wirksameren und rascheren Durchführung von Maßnahmen, die speziell sachliche Angelegenheiten betreffen, insbesondere zur gemeinsamen Abwehr von Metallarbeiterstreiks im Königreich Sachsen, die Vereinigung der dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller angehörenden Bezirksverbände Dresden, Leipzig und Chemnitz zu einem sächsischen Landesverband prinzipiell beschloffen. Eine Neuerkommission, gebildet aus je drei Abgeordneten der drei genannten Bezirksverbände, wird schon im Laufe der nächsten Woche die Verhandlungen zu deren Verschmelzung durchführen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der von sozialdemokratischen Agitatoren provozierte gegenwärtige Streik der Chemnitzer Gießereiarbeiter den unmittelbaren Anlaß zu dem engeren Zusammenschluß der drei größten sächsischen Bezirksverbände der deutschen Metallindustriellen bildet.“

Wer die Dinge näher kennt, kann durch diese Nachricht nur heiter gestimmt werden. Was können die Dresdener und Leipziger Metallindustriellen den Chemnizern in diesem Kampfe noch besonderes nützen, nachdem doch der Gesamtverband bereits die übliche Warnung vor Einstellung Chemnitzer Streikender und Ausgesperrter erlassen hat? Sollen etwa die Leipziger und Dresdener Unternehmer eine Aussperrung vornehmen? Das werden sie wohl hübsch bleiben lassen. Die Nachricht von diesem in Leipzig geschlossenen „Kartell“ ist eines der Mittelchen, mit denen sich die Chemnitzer Metallindustriellen selbst Mut machen. Es scheint ihnen aber doch auch der Gedanke gekommen zu sein, daß der Kampf ohne Verhandlungen nicht wird beendet werden können und so ließen sie in der Allgemeinen Zeitung einen Versuchsballon aufsteigen. In dem Blatte war die Frage erörtert worden, ob die Möglichkeit zu einer Verständigung gegeben sei und dabei bemerkt:

„1. Allerdings betrachten die Unternehmer als selbstverständliche Voraussetzung für die Eröffnung der Verhandlungen, daß die Gießereiarbeiter und Formher die Arbeit wieder aufnehmen.“

2. Es würde unseres Erachtens der zurzeit einzig gangbare Weg sein, den auch die Arbeiter ohne Demütigung beschreiten können, nämlich, daß die Arbeiter aus Rücksicht, wie sie vor der Aussperrung sich zusammensetzten, mit den Arbeitgebern in Unterhandlung treten.“

Kollege Haack hatte sich in einer Versammlung gegen so demütigende Bedingungen gewandt, worauf die Allgemeine Zeitung eine zweifelhafte von den Unternehmern herrührende Zuschrift veröffentlichte, in der es heißt:

„Das einfachste und daher wahrscheinlich am besten zum Ziele führende wäre, wenn von den drei an der Sache beteiligten Gruppen der Industriewerke

1. Vereinigte Maschinenfabriken und Gießereien,
2. reine Gießereien und als indirekt in Mitteleidenschaft gezogen,
3. reine Maschinenfabriken

je ein Vertreter der Fabriklösungen und dementsprechend von den nach den Fabrikordnungen der Fabriken gewählt gewählten Arbeitervertretern (Hausdeputationen) auch je ein Vertreter obiger drei Gruppen, zusammen also eine Vertrauenskommission von 6 Mitgliedern, bezugs einer Zusammenkunft gewählt würde.

Mögen die Arbeitervertreter dann inmitten ihrer Funktionen in Gewerkschaftssitzungen empfangen, die offiziellen Verhandlungen fänden in diesem Falle mit den gesetzlichen Vertretungen statt.“

Das wären also nicht mehr Verhandlungen mit jedem Ausschuss für einen Betrieb, sondern zentrale Verhandlungen in irgendeiner Form ohne vorherige Wiederaufnahme der Arbeit. In der Verhandlungsform wird sich unser Verband nicht fügen, aber die Verhandlung muß mit jenem Einverständnis und auf seine Anweisung erfolgen.

Am Freitag den 31. März nahmen die Chemnitzer Metallarbeiter in sechs überfüllten Versammlungen Stellung zu der in den Zeitungen gemachten Ankündigung, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller eventuell eine Gesamtaussperrung vornehmen werde. Es wurde in allen Versammlungen einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter erkennt die Forderung der Forme und Gießereiarbeiter für berechtigt an und erwartet, daß die Kollegen daran festhalten. Sollten die Metallindustriellen infolge der Chemnitzer Streikbewegung zur allgemeinen Metallarbeiteraussperrung greifen, so erklären die Versammelten, auch diesen ausgesetzten Kampf zu führen, bis ein für die Chemnitzer Metallarbeiter ehrenvoller Friede abgeschlossen ist.“

In einer dieser Versammlungen behandelte Kollege Haack speziell das „Originaltelegramm“ über das in Leipzig geschlossene Kartell. Er führte darüber aus: „Uns hat dieses Originaltelegramm nicht sehr überrascht. Wir hatten schon gestern die Herren in ihren Automobilen nach Leipzig gesehnt. Eine Nachprüfung der Unternehmung bedeutet dieser Zusammenschluß nicht; denn sie haben ja schon den Gesamtverband. Das sächsische Kartell hat nur einen ‚moralischen‘ Zweck: die Chemnitzer Metallindustriellen sind bekanntlich in Deutschland sehr unbeliebt. Ihre Maschinen sind zwar Qualitätsware, aber sie werfen sie zu Scheuderpreisen auf den Weltmarkt; dadurch machen sie den übrigen Fabrikanten in Deutschland eine Schmutzkonkurrenz auf Grund der niedrigen Löhne der Chemnitzer Metallarbeiter. Die deutschen Metallindustriellen haben daher recht wenig Reizung, der Chemnitzer wegen auszusperrten. Ganz zutreffend berichtet das wohlinformierte Berliner Tageblatt über die tiefe Mißstimmung gegen die Chemnitzer Metallindustriellen auch in bürgerlichen Kreisen darüber, daß die hiesigen Metallindustriellen nicht erst verhandelt haben. So bedenklich ist man im übrigen Deutschland nicht mehr, wohl aber noch in Leipzig und Dresden. Bei den Verhandlungen hätten wir nachgewiesen, daß wir nichts übermäßiges, nichts unerfüllbares fordern, aber die hiesigen Metallindustriellen ließen sich lieber an die Rockschöße der Leipziger und Dresdener, weil die auch nicht verhandeln und die Arbeiterorganisationen auch nicht anerkennen.“

Die Sächsische Webstuhlfabrik, die immer noch eifrig ist in der Herbeischaffung von Streikbrechern, dabei aber schöne Reinfälle erlebt, gibt sich auch alle Mühe, die Lohnverhältnisse in ihrem Betrieb durch Zeitungsartikel recht günstig darzustellen. Die Firma beschäftigt ständig über 300 Arbeiter, und gerade die nicht „voll“ Beschäftigten sind es, die noch unter 1000 A. Jahreslohn bleiben. So hat noch kurz vor dem Streikausbruch ein jüngerer militärischer Forme in 4 Tagen 9 A. ausbezahlt bekommen. Ein kräftiger Formergehilfe von ungefähr 17 Jahren hatte von dem Forme, dem er zur Hand ging, 16,15 M. Wochenlohn bekommen. Als der Forme krank wurde, wurde dieser Jungenblöde unter die Hilfsarbeiter gestellt und bekam pro Stunde — 20 A. Die Firma beständig in ihrem Laborat selbst, daß die tagenlange Gendarbeiter 32 bis 34 1/2 Stundenlohn erhalten haben. Was die übrigen Arbeiter angeht, bei denen Jahreslohn von 1000 bis 2700 A. verrechnet werden, läßt sich die Firma eine schwere Unwahrheit zuschulden kommen; denn sie behauptet, daß diese Einkommen bei 58 1/2 stündiger Arbeitszeit erzielt worden seien. Es sind

aber tatsächlich in der Sächsischen Webstuhlfabrik im vergangenen Jahre in zwei Perioden zusammen 8 bis 10 Wochen lang 124 Stunden pro Lohnperiode gearbeitet worden. Ueberhaupt ist das Ueberstundenvermögen in diesem Betrieb ganz systematisch ausgebaut. Aus den 700 bis 800 Jentnern pro Tag muß viel kleiner Guß hergestellt werden, so daß eine Verdichtung der Arbeit in der richtigen Zeit und bei normaler Arbeitsweise ganz undenkbar ist.

In der letzten Lohnperiode erzielten die 7 Formen der Spezialfabrik in einer Arbeitszeit von 117 Stunden folgende Verdienste: 2 Mann je 48 M., 2 Mann je 50 M., 1 Mann 56 M., 2 Mann je 58 M. Der Kernmacher verdiente bei der gleichen Arbeitszeit 62 M. 4 Ruher hatten in dieser Lohnperiode eine Arbeitszeit von 120 Stunden und verdienten pro Mann 47 M. Bei 117 stündiger Arbeitszeit verdienten 2 Schmiede je 42 M. und einer 58 M. Die Handarbeiter, die in der Spezialfabrik beschäftigt sind, haben folgende Stundenlöhne: 1 Mann 30 S., 2 Mann 31 S., 3 Mann 32 S., 1 Mann 33 S. und 2 Mann 35 S. Es haben davon in der letzten Lohnperiode gearbeitet: 1 Mann 117 Stunden, 7 Mann je 136 Stunden und 1 Mann 168 Stunden. Die Arbeitszeit dieses Mannes beginnt nachts 12 Uhr und endet mittags 2 Uhr. Er erhält den herrlichen Stundenlohn von 32 S. Es sei hierzu noch bemerkt, daß in dieser Gießerei 7 Handarbeiter jeden Mittag die Mittagsstunde hindurch zu arbeiten gezwungen sind, weil das Gießen immer mittags geschieht.

Bezüglich der Handarbeiter in der großen Gießerei der Sächsischen Webstuhlfabrik sei wegen ihrer jetzt noch niedrigen Löhne bemerkt, daß im Mai vorigen Jahres der Lohn dieser Gießarbeiter fast durchgängig nicht höher als 28 S. war. Nach einer Vorleistung bei der Direktion wurden die Löhne auf 30 S. gebracht. Durch die Lebensmittelerhöhung u. waren diese geplagten Arbeiter gezwungen, im August wiederum Stellung zu nehmen, um eine Erhöhung ihrer außerordentlich niedrigen Löhne durchzusetzen. Als sie das notwendige Entgegenkommen dafür nicht fanden, legten sie eines Mittags um 1/2 Uhr spontan die Arbeit nieder, und erst da wurde der Lohn von 30 auf 32 S. erhöht.

Das k. k. österreichisch-ungarische Konsulat in Chemnitz bemüht sich, österreichische Staatsangehörige bei den Chemnitzer Unternehmern „zur Berücksichtigung“ (als Streikbrecher) zu empfehlen. Dem Herrn Konsul wird wohl im sächsischen Landtag und im österreichischen Reichsrat gefagt werden, was seines Amtes ist, daß dazu nicht die Vermittlung von Streikbrechern gehört.

Die Unternehmer sind am „Abbauen“. Einige von ihnen suchen die Ausbreitung ratenweise mit Zustimmung unseres Verbandes rückgängig zu machen!

Der Zugang von Metallarbeitern aller Art ist von Chemnitz streng fernzuhalten.

### Zur X. Generalversammlung.

**Fürth.** Eine am 25. März abgehaltene Mitgliederversammlung besaßte sich mit den Anträgen zur Generalversammlung und mit der Aufstellung der Kandidaten. Nach ausgiebiger Debatte wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem zu wählenden Delegierten aufzugeben, daß er eintritt für: 1. Massenbeiträge, gestuft nach Orts- oder Bezirksklassen, analog dem Verband der Deutschen Buchdrucker; 2. daß ledige und verheiratete Mitglieder bei der Streikunterstützung gleichgestellt werden; 3. daß bei zeitweiliger Ausreise von mindestens zwei Tagen in der Woche oder ein Drittel der üblichen Wochenstunden Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird; 4. daß bei unwilligen Mitgliedern das Stimmrecht sich ebenso wie bei den übrigen Mitgliedern bis zum Höchstmaß steigern kann.

**Kaiserlautern.** In der Mitgliederversammlung vom 11. März berichtete Kollege Menge über die Bezirkskonferenz. Er betonte eine Beitragssteigerung im Interesse der Aktionsfähigkeit, betonte aber zugleich, er erkenne an, daß es bei den bisherigen niedrigen Löhnen vielen Metallarbeitern schwerfallen werde, einen höheren Beitrag zu zahlen. In der sehr regen Diskussion sprachen sich die meisten Redner gegen eine Beitragssteigerung aus, weil dadurch für viele Metallarbeiter die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten werde. Nur einzelne Redner sprachen sich für Beitragssteigerung aus; diese betonten, daß mancher Arbeiter für unzulässige Zwecke größere Ausgaben mache. Der Antrag, der Erhöhung des Beitrags um 10 S. zuzustimmen, wurde abgelehnt und folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erkennt in Anbetracht der immer umfangreicher werdenden Kämpfe die Notwendigkeit der Beitragssteigerung im allgemeinen an, erwartet jedoch von der Generalversammlung, daß sie für Gebiete mit niedrigeren Löhnen eine diesen Löhnen entsprechende Beitragsklasse schafft, eventuell den bisherigen Beitrag beläßt.“

**Limbach i. S.** In der Versammlung am 14. März, die von 75 Kollegen besucht war, beschloß man sich in der Hauptsache mit der vom Vorstand geplanten und von der Bezirkskonferenz des vierten Bezirks einstimmig angenommenen Beitragssteigerung von 60 auf 70 S. Das Resultat der Versammlung war, daß die Beitragssteigerung gegen 19 Stimmen bei einigen Stimmeneinhalten gutgeheißen wurde. Auch dem Wunsch einiger Kollegen, Stimmbeiträge einzuführen, stand die Versammlung sympathisch gegenüber.

**Wülheim (Ruhr).** Am 12. März wurde hier in einer außerordentlichen Versammlung Bericht von der Bezirkskonferenz erstattet und zur Generalversammlung Stellung genommen. Kollege Gerlach begründete in eingehender Weise die Wichtigkeit der Bezirkskonferenz. Eine Steigerung der Beiträge sei nicht rational. Wenn wir unsere Kampfeskasse stärken wollten, müßten wir den Anträgen des Vorstandes zustimmen. In der Diskussion sprach nur ein Redner gegen die Beitragssteigerung, alle übrigen waren von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige außerordentlich gut besuchte Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Bezirkskonferenz des vierten Bezirks einverstanden. Ganz besonders hält sie es für unbedingt notwendig, daß eine bessere finanzielle Fundierung der Organisation geschaffen wird, damit auch endlich das Sozialunternehmertum im reinlich-wirtschaftlichen Industriegebiet gezeitigt werden kann, daß die Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Recht haben, mitzusprechen. Außerdem hält es die Versammlung für höchste Zeit, sich der arbeitenden Jugend anzunehmen, damit sie gleich von vornherein der Arbeiterbewegung zugänglich gemacht wird, ohne vorher von den bürokratischen Vereinstagungen unserer Ideen entzweit zu werden. Gleichzeitig geloben sich aber die Mitglieder, die nötige Anstrengung unter den Kollegen zu schaffen, damit die Organisation durch die Erhöhung der Beiträge keine Einbuße erleidet, sondern noch leistungsfähiger als bisher wird.“

**Strasbourg.** Am 11. März nahmen die hiesigen Verbandsmitglieder zum Verbandstag und zur abgehaltenen Konferenz des vierten Bezirks Stellung. Kollege Barth (Wegensberg) betonte die Notwendigkeit einer Beitragssteigerung und erregte die Kollegen, den Anträgen des Vorstandes zuzustimmen. Kollege Fischer verwies auf die hohen Unterstüzungssummen vom Jahre 1909. Es sei also unbedingt nötig, unsere Kampfeskasse zu stärken. Den Beschlüssen, die Unterstüzungssätze zu reduzieren, wurde scharf widersprochen, weil bekannt ein Verlust an Mitgliedern eintreten würde. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution einstimmig mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden und daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für den weiteren Ausbau der Organisation einzutreten gedenke. Die Versammlung befaßte den Beweis, daß auch keine Verwaltungsstellen ein reges Interesse für die Organisation haben und für den Verband große Opfer bringen.

Ich habe wieder den Antrag an die Generalversammlung gestellt, Stimmbeiträge einzuführen. Im Januar dieses Jahres lud ich meine Kollegen im Betrieb zu einer Besprechung ein, um über die stehende Angelegenheit zu beraten. Von allen diesen Kollegen kam zum Ausdruck: wenn eine Beitragssteigerung nicht zu vermeiden ist, müßte die Stimmführung eingeführt werden. Wir haben im Betrieb Kollegen, denen es wegen u geringem Verdienst schon jetzt schwer fällt, den Beitrag von 60 S. zu leisten. Um uns diese Kollegen zu erhalten, ist es notwendig, die Klasse von 60 S. befreiben zu lassen und noch eine von 45 S. zu schaffen. Die besseren Verdienner aber haben sich sofort bereit erklärt, einen erhöhten Beitrag zu leisten, wenn auch die Unterstüzung nicht erhöht werden. Es bliebe also die Unterstüzung in beiden Klassen gleich. In unserem Betrieb kämen da 25 Prozent in Betracht. Im ganzen Reich 20 Prozent solcher Mitglieder gerechnet, würde sich eine Mehreinnahme von 390 000 M. ergeben, ohne daß eine Mehrausgabe erwachsen würde. Die zweite Klasse von 60 S. kann man mit 40 Prozent ansetzen, wo Einnahme und Ausgabe die bisher blicke. Die dritte Klasse mit 45 S. wäre mit 25 Prozent anzusetzen. Nun kann eingewendet werden, daß wohl Mitglieder von der zweiten in die dritte Klasse übertraten würden. Man kann aber ruhig behaupten, daß das nicht der Fall sein würde, weil doch für die dritte Klasse die Unterstüzung heruntersetzt werden muß. Wir ist es darum zu tun, daß wir unsere Reihen stärken und Kämpfer gewinnen, denn zum Führen von Kämpfen gehört nicht nur Geld, sondern es müssen auch geeignete Kämpfer vorhanden sein. Der vierten Klasse gehören die weiblichen und jugendlichen Arbeiter an. Hier wäre noch in Erwägung zu ziehen, daß Mitglieder, die neu aufgenommen werden, in diese Klasse steuern können, ohne Anspruch auf andere Unterstüzung zu haben, als bei Streik, Maßregelung und Ausbreitung. Dies wäre sehr empfehlenswert, denn es gibt Gegenden, wo die Arbeiter so schlecht bezahlt werden, daß es ihnen nicht möglich ist, einer anderen Klasse beizutreten und doch ihre Lage verbessern und dafür wirken möchten, daß Arbeiter aus bisher in schlechten Industriegegenden verziehen und anderswo Preisdrückerei ausüben. Alles das zusammengefaßt soll sein: Stärkung unserer Reihen und der Klasse, damit wir das Unternehmertum bekämpfen können.

**Dreßel (Chemnitz).**

Durchschlagende Erfolge für die Metallarbeiter im allgemeinen (ausgenommen einige Industriezweige) können erst dann erzielt werden, wenn die Konkurrenz beseitigt und auch die Arbeiter von Rheinland und Westfalen organisiert sind. Solange noch von den Metallarbeitern dieser Bezirke Streikarbeit gemacht wird, oder diese noch als Streikbrecher verwendet werden können, bekommen wir in der Metallindustrie keine Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie wir sie wünschen. Die kapitalträchtigsten Werke mit den modernsten Einrichtungen und das größte Heer von Metallarbeitern haben wir in den genannten Bezirken. Diese Werke gehen immer mehr zur Fertigproduktion über. Solange aber diese Werke noch mit billigen Arbeitskräften arbeiten, also billiger arbeiten können als die Industriellen anderer Bezirke, wird mancher Kampf erfolglos bleiben. Die diesjährige Generalversammlung muß diesen Punkt unter allen Umständen berücksichtigen, sie darf die erste Stufe Entwicklung unserer Organisation in Rheinland-Westfalen nicht hemmen. Gehemmt würde sie aber durch eine Beitragssteigerung von 10 S. Sollte aber trotzdem diese Beitragssteigerung vorgenommen werden, dann müssen wir eine niedrigere Klasse von 40 S. haben. Die Verhältnisse in den Sittler- und Walzwerken liegen so, daß in den nächsten Jahren noch keine Minderung zugunsten der Arbeiter eintritt. Auch haben wir nicht die bestbezahlten Sittlerarbeiter, die ersten Männer u., die 8 bis 9 M. und mehr verdienen, in der Organisation, sondern die schlechtest entlohnten Arbeiter. Durch eine Beitragssteigerung ohne Klassifizierung würden wir diesen Kollegen das Bleiben im Verband bald unmöglich machen.

Nun wird wohl oft ausgeführt, daß erst jetzt, wo wir die höheren Beiträge bezahlen, sich der Verband am besten entwickelt habe, aber diese Entwicklung ist nicht herbeigeführt worden, weil wir hohe Beiträge haben, sondern das bewirkt die Verhältnisse.

Daß die Finanzen unseres Verbandes aufgebessert werden müssen, darüber sind sich aber wohl alle Kollegen klar. Ich möchte nun, da ich kein großer Freund der Klassifizierung bin, folgendes vorschlagen. Es werden in Zukunft 55 S. jede Woche von jedem Beitrag an die Hauptkasse abgeführt, 25 S. von dem jugendlichen und dem weiblichen. Jeder Verwaltungsstelle bleibt es überlassen, einen beliebigen Lokalzuschlag, jedoch nicht unter 15 S. für männliche und nicht unter 10 S. für jugendliche und weibliche Mitglieder zu erheben. Die Karenzzeit für Reisegeldempfänger beträgt 7 Tage, Ausgehende können erst nach 72 Wochen wieder Reisegeld empfangen. Reimretrende Kollegen erhalten die Erwerbslosenunterstützung nur 10 Wochen in jetziger Höhe, jedes weitere Jahr für eine Woche länger. Das Eintrittsgeld beträgt 1 M., 75 S. bekommt die Hauptkasse, 25 S. die Lokalstelle.

Würden diese Vorschläge angenommen, so hätte jede Verwaltungsstelle die Möglichkeit, auch in Zukunft noch 70 S. zu erheben, für die Hauptkasse aber wäre von vornherein gesorgt.

**Friedrich Krahn (Dortmund).**

Nach den Anträgen des Vorstandes ist eine Erhöhung des Beitrags von 60 auf 70 S. vorgesehen. Es ist klar, daß zur Erreichung besserer Lebensbedingungen eine finanzkräftige Organisation notwendig ist, aber es ist doch die Frage aufzuwerfen: Wird es bei diesen erhöhten Beiträgen noch möglich sein, auch die schlechtestbezahlten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen? In den Gegenden, wo die Organisation stark ist, wo die Arbeiterbewegung die positive Gewerkschaftsarbeit mit eigenen Augen sieht und an eigenen Leiden verspüren kann, wird eine Beitragssteigerung für die Agitation keine Schwierigkeiten bereiten. Aber im Ruhrgebiet, speziell in der Schwerkmetalle, wo die Zahl der organisierten Metallarbeiter im Verhältnis zur industriellen Masse noch gering ist, wird uns eine allgemeine Beitragssteigerung bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern ungünstiger handhaben sein. Und doch ist die Gewinnung dieser Massen eine unbedingte Notwendigkeit, denn es ist klar, daß in diesem Gebiet, wo auf der einen Seite die Anhäufung des Kapitals im wenigen Händen unheimlich ist, auf der anderen Seite die gewaltige Masse von Arbeitern steht, in Zukunft die schwersten Kämpfe zwischen diesen beiden Massen ausgefochten werden müssen. Nun wird vielleicht gesagt werden: diese Massen waren auch bei einem niedrigen Beitrag nicht zu bekommen. Aber zur damaligen Zeit, als wir noch einen niedrigeren Beitrag hatten, spielten die bedeutungslose Unterwerfung unter die Kapitalmacht und die konjunktionalen Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse, speziell im Ruhrgebiet, noch eine große Rolle. Die Zeiten haben sich auch in dieser Hinsicht geändert, die Massen sind allmählich zum Massenbewußtsein erwacht, es liegt es nun, diese Massen für die Organisation zu gewinnen und dafür Mittel und Wege zu schaffen.

Ich würde nun folgenden Vorschlag machen: Neben der zur Generalversammlung zu beschließenden Klasse von 70 S. auch eine niedrigere Beitragsklasse von 50 S. einzuführen. Die Aufnahme in diese niedrigere Beitragsklasse könnte je von dem Beschluß der betreffenden Verwaltungsstelle abhängig gemacht werden.

In Bezug auf die Unterstüzung bin ich der Ansicht, daß bei der Streikunterstützung kein Unterschied gemacht werden soll, das würde zu Mißverständnissen führen. Es ist mir selbstverständlich klar, daß diese Steigerung der Beiträge einige Schwierigkeiten mit sich bringt, aber die werden wir auch überwinden, denn es ein Weg ist, da ist auch ein Weg.

Eine Beitragssteigerung wird für viele kleine Verwaltungen eine wesentlichen Mitgliederverlust noch zu sehen. Deshalb sollte gerade mit Rücksicht auf diese an eine obligatorische Beitragssteigerung nicht gedacht werden. Es ist zuzugeben, daß auch in kleinen Städten Kollegen vorhanden sind, deren Einkommen es gestattet, einen höheren Beitrag zu zahlen, nichtbedeutender muß aber auch berücksichtigt werden, daß es einem Teil dieser schlechtbezahlten Kollegen äußerst schwer fällt, ihren Beitrag gegen die Organisation

nachzukommen. Den Kollegen klarzumachen, daß bei höherer Beitragsleistung eher für sie etwas getan werden kann, ist so lange schwierig, als noch Organisationen vorhanden sind, die bedeutend niedrigere Beiträge haben. Schon heute werden wir häufig Mitglieder, die nach ein paar Wochen Mitgliedschaft dem Verband den Rücken kehren und zum Fabrikarbeiterverband übertreten. (In der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter sollen aber vom Fabrikarbeiterverband nicht angenommen werden!) Das sind ungesunde Zustände, die unsere Agitationsarbeit weniger erfolgreich gestalten und die uns zu denken geben sollten. Man operiere nicht immer damit: unser Verband ist trotz der höheren Beiträge groß und stark geworden. Wenn wir auch gute Fortschritte gemacht haben, so sind es doch noch viele Tausende, die unseren Reihen fernstehen. Wollen wir abwarten, bis wir durch Stillstand oder sogar Rückgang gezwungen werden, den jetzigen Zustand zu ändern? Es sind Stimmen genug laut geworden, für die besserbezahlten Kollegen eine höhere Beitragsklasse einzuführen. Diese werden sich eher beehren lassen, daß sie die Pflicht haben, größere Opfer für den Verband zu bringen, als die Kollegen, denen man eine größere Belastung nicht gut zu muten kann.

Man belasse es also bei dem Beitrag von 60 S. und führe noch eine Klasse zu 80 oder 90 S. ein. **S o h. S t r a h n (Gemeinl.).**

Jeder Kollege muß zugeben, daß unsere Bezirke besser organisiert werden müssen. Sie sind nach dem jetzigen Verhältnis zu groß, die Bezirksleiter sind nicht in der Lage, die Agitation so zu leiten, wie es zum Nutzen des Verbandes erforderlich ist. Die kleinen Verwaltungsstellen wissen es am besten, wie notwendig es ist, daß ihnen der Bezirksleiter zur Seite steht. Es ist vorgekommen, daß der Bezirksleiter mehrere Jahre nicht in die einzelnen Verwaltungsstellen kommen konnte, weil der Bezirk zu groß und zu unübersichtlich ist. Der Bezirksleiter muß mit den Bevollmächtigten mehr als bisher in Fühlung stehen. Die kleinen Verwaltungsstellen sind bei der jetzigen Bezirksenteilung am schlimmsten daran, die großen bilden ja schon längst einen Bezirk für sich, wo es nicht an Kräften fehlt. Im Interesse des Verbandes ist es also sehr notwendig, daß die Bezirke kleiner werden. Es ist ja selbstverständlich, daß eine Vermehrung der Bezirke dem Verbands mehr kosten wird, aber der Nutzen wird nicht ausbleiben.

Der Vorstand beantragt, den Beitrag auf 70 S. zu erhöhen. Ich bin nicht der Ansicht, daß der Wochenbeitrag einseitlich erhöht werden muß. Die Notwendigkeit der Erhöhung erkenne ich vollkommen an, aber sie soll in einer gerechteren Weise erfolgen, durch Stimmbeiträge. Wer 18 M. die Woche verdient, muß mehr für den Verband leisten als der, der 30 M. verdient.

**Michael Banaszewicz (Rörner i. Th.).**

Es wird wohl jedem Kollegen, dem es wirklich ernst ist mit dem eigentlichen Zwecke unserer Organisation, klar sein, daß wir mehr Geld brauchen, um den uns bevorstehenden Kämpfen gewachsen zu sein. Daß uns durch die immer schärfer werdenden Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter schwere Kämpfe bevorstehen, darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Es wird demnach auch die brennendste aller Fragen auf dem Verbandstag die sein: Wie bekommen wir mehr Mittel für den Kampf? Mit Rücksicht darauf hat auch der Hauptvorstand den Antrag gestellt, den Beitrag um 10 S. zu erhöhen. Ob nun dieser Antrag der richtige ist, unserer Kasse die Gelder zuzuführen, die für die wirtschaftlichen Kämpfe in Zukunft notwendig sind, das ist eine andere Frage. Solange die Unterstüzung noch derartig hohe Summen aufweisen, solange bringt auch diese Beitragssteigerung keine wirkliche Reform in unserm Kassenwesen, das wird die Zukunft zeigen. Wir haben deshalb hier beschloßen, den Antrag an den Verbandstag zu stellen, die Erwerbslosenunterstützung, einschließlich der Streikunterstützung, fakultativ einzuführen und von den übrigen Unterstüzungssätzen im Beitrags wie im Kassenwesen zu trennen. Nach diesem Antrag können selbstverständlich nur Mitglieder des Verbandes freiwillig der Unterstüzungskasse beitreten. Für die fakultativ einzuführende Erwerbslosen- und Streikunterstützung setzen wir bei Beibehaltung der alten Unterstüzungssätze einen Wochenbeitrag von 40 S. pro Mitglied fest, für weibliche und jugendliche Mitglieder 15 S. Wir stützen uns dabei auf die Berechnung des Jahres 1909. In dieser wurden für diese Unterstüzungssätze bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 365 270: 6 314 277,33 M. vorausgabt. Nach diesen Zahlen eines Arbeiterjahres, einschließlich der prozentualen Verwaltungsstellen, erachten wir die angeführten Beitragsätze für ausreichend. Für die eigentliche Verbandskasse erachten wir mindestens einen Wochenbeitrag von 50 S. pro Mitglied, ausschließlich des Lokalzuschlages, für erforderlich, für weibliche und jugendliche Mitglieder 20 S. Wir hätten mit diesem Beitrag bei der gegenwärtigen Mitgliederzahl eine Einnahme von ungefähr 12 Millionen Mark. Die Prämie, die den Lokalstellen verbleiben und alle übrigen Ausgaben davon abgezogen, bliebe noch immer eine Summe im Jahre übrig, die annähernd geeignet wäre, den uns bevorstehenden Kämpfen mit Ruhe entgegenzusehen.

Danach kämen wir ohne den Lokalzuschlag auf einen Gesamtbeitrag von 90 S. Das ist aber auch erforderlich, wenn wir bedenken, daß wir prozentual von unserm jetzigen Beitrag von 60 S. 45 S. Unterstüzung und 15 S. für unsern eigentlichen Verbandszweck entrichten. Nach unserm Antrag ist es den Kollegen, die diesen Beitrag nicht erschwingen können, freigestellt, sich vor allen Dingen organisieren zu können, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Ist dieses geschehen, so steht ihnen der Eintritt in die Unterstüzungskasse immer noch frei. Wir erkennen an, daß diese Unterstüzung eine soziale Notwendigkeit ist, deshalb wollen wir sie nicht abgehehrt, sondern nur abgetrennt wissen. Nun ist es uns in erster Linie ja nicht darum zu tun, unsern Antrag rechnerisch so zu vervollständigen, wie es zu seiner Annahme nötig wäre. Für uns Kollegen im Arbeitsverhältnis ist die Zusammenstellung des statistischen Materials zu schwierig. Es geht uns hier lediglich darum, die Idee der Trennung, durch die wir der eigentlichen Verbandskasse eine höhere und sichere Einnahme garantieren wollen, auf der Hauptversammlung diskutiert zu wissen. Es würde sich dann ja herausstellen, ob der Antrag in allen seinen Teilen technisch durchführbar wäre. Jetzt steht für uns, daß keine Grundidee durchführbar ist.

**F. B., W. M., S. W. (Wülheim a. Rhein).**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 16. April der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. April 1911 fällig ist.

Zur Generalversammlung in Mannheim wählt die am 1. April errichtete Verwaltungsstelle Königsbrunn im vierten Bezirk in der letzten Wahlabteilung mit den anderen kleinen Verwaltungen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: der Verwaltungsstelle Weimar 5 S. pro Monat, neben dem bestehenden Extrabeitrag von 5 S. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nichtwiederzunehmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Belbert: Der former Wilhelm Strenger, geb. am 1. April 1883 zu Belbert, Buch. Nr. 461 068, wegen Nichterhaltung von Versammlungsbefehlen.



auch organisiert, treten ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Unsere Verbandskollegen aber müssen durch eifrige Propaganda für unsere Organisation neue Mitglieder zu gewinnen suchen und mehr als bisher ihre Kraft in den Dienst der Organisation stellen. Nur mit vereinter Kraft wird es möglich sein, die Schwierigkeiten, die im Wege stehen, zu überwinden. Darum, Kollegen, an die Arbeit, seht nicht mehr zu, wie gerade in der Schwerindustrie Leben und Gesundheit der Arbeiter am meisten gefährdet werden, die Werke und die Herren Millionäre aber die größten Gewinne einheimen, ihr aber und eure Familien haben müßt. Dem organisierten Unternehmertum eine autorisierte Arbeiterschaft gegenübergestellt — dann wird es auch möglich sein, in dieser Industrie andere Verhältnisse zu schaffen. Vergessen wir nie: Einigkeit macht stark.

**Leipzig.**

**Erfurt.** Der Tarifvertrag vom 3. September wurde durch Beschluß der hiesigen Baukumpen für den 31. März dieses Jahres gelündigt. Der Innung wurde ein neuer Entwurf vorgelegt, der die 9½ stündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden), Erhöhung der Mindestlöhne, entsprechende Erhöhung der Löhne und sonstige Verbesserungen vorschlägt. Die Innung sandte ihre Gegenentwürfe. Die erste Verhandlung, an der außer der Kommission auch der Vertreter der hiesigen Ortsverwaltung und der Vertreter des „freien Verbandes der Metallarbeiter“ teilnahm, brachte kein zufriedenstellendes Resultat. Bei der zweiten Verhandlung war das Resultat ein besseres. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Vertrags sind: Tägliche Arbeitszeit 10 Stunden, Sonnabends 9 Stunden, mit ½ stündiger Frühstück- und ½ stündiger Mittagspause. Bei Arbeitsmangel und im Winter wird die Arbeitszeit nach freier Vereinbarung geregelt. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr wird eine Stunde weniger gearbeitet, diese jedoch bezahlt. Notwendig werdende Arbeiten müssen auch in dieser Zeit ausgeführt werden. Lohnzahlung freitags am Schluß der Arbeitszeit. Bezahlung nach Stunden. Alfordarbeit unterliegt freier Vereinbarung. Mindeststundenlohn im ersten Jahre nach der Lehre 34  $\text{M}$ , im zweiten 37  $\text{M}$ , bis zum 21. Jahre 43  $\text{M}$ , bis zum 24. Jahre 48  $\text{M}$ , von da an 54  $\text{M}$ . Höhere Stundenlöhne werden um 3  $\text{M}$  erhöht. Für Ueberstunden bis 9 Uhr abends 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag. Bei unfaßbaren Reinigungsarbeiten, verstopften Abflüssen werden 25  $\text{M}$  pro Stunde Zuschlag bezahlt. Für Reinigen von Klosetts und Klosetttröben nicht unter 50  $\text{M}$ , und wenn die Arbeit länger als eine Stunde dauert, für jede weitere Stunde 25  $\text{M}$  Zuschlag. Bei Straßenarbeiten 25  $\mathcal{M}$  Zuschlag pro Stunde. Arbeiten an Strömungen, Dampfbohrmaschinen und am Fahrzeug 1  $\text{M}$  pro Stunde. Bei weiterer Entfernung der Arbeitsstelle ist Straßenbahnfahrt zu vergüten. Arbeitsbeginn und -schluß an der Baustelle nie in der Werkstatt. Ueberlandarbeit an Orten, die bis zu 5 Kilometer von Erfurt entfernt liegen, wird mit 1  $\text{M}$ , Fahrgehalt vierter Klasse und die darauf verwendete Zeit ohne Zuschlag für Ueberstunden vergütet. Kann abends die Wohnung nicht erreicht werden, ist eine Auslösung von 2,50  $\text{M}$  für jeden Kalendertag zu bezahlen. — Abregelungen wegen Durchführung des Tarifes dürfen nicht erfolgen. Zur Erledigung von Meinungsverschiedenheiten über Tarifbestimmungen wird eine Kommission aus zwei Meistern, zwei Gehilfen und einem unparteiischen Arbeitgeber gebildet. Der Vertrag läuft vom 1. April 1911 bis 31. März 1913 und läuft ein weiteres Jahr, wenn er nicht vier Wochen vor dem Ablauftermin gelündigt wird. — In einer gutbesuchten Versammlung stimmten die Baukumpen dem Vertrag zu. Die Hauptsache ist aber nun, daß der Vertrag von den Meistern und den Gehilfen eingehalten wird. Alle Verträge sind dem Verbandsbureau zu melden. Bei der Bewegung kamen circa 85 Baukumpen in Frage, von denen organisiert sind: 55 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 16 im freien Verband der Metallarbeiter, 3 im katholischen Handwerker- und 1 im Hirsch-Dummerschen Gewerksverein. Es wäre Zeit, mit dieser Zerstückelung aufzuhören.

**Freiburg i. Br.** (Eine neue „Selbsta“ der „Christlichen“.) Am 1. März lief unser Tarif ab und er wurde auch unter gleichzeitiger Einreichung neuer Vorschläge rechtzeitig gelündigt. An Stelle der 8 stündigen Verhandlungen waren diesmal von den Meistern zentrale Verhandlungen vorgezogen, da außer Freiburg noch sieben weitere Orte für Baden und Württemberg in Betracht kamen. Es gelang bei diesen zentralen Verhandlungen mit Ausnahme von Freiburg eine Einigung herbeizuführen. Ueber die Verhandlungen selbst und über die Abfuhr, die sich die „Christlichen“ dabei holten, wird wohl noch von anderer Seite berichtet werden, wir brauchen dies hier nicht zu tun. Wir wollen uns aber mit den Freiburger Meistern und den Freiburger „Christlichen“ etwas beschäftigen. Die Freiburger Meister lehnten die in Stuttgart beschlossenen Sätze und Altersstufen ab mit der Begründung, daß sie für Freiburg nicht so viel zahlen könnten. Die Meister wissen aber genau, daß Freiburg, weil Fremdenstadt, ein ziemlich teures Pflaster ist; sie wissen ferner, daß die Flugschnellereisen außerdem noch, im Gegensatz zu anderen Orten, unter den vielen katholischen Feiertagen zu leiden haben. Aus diesem Grunde waren auch die Forderungen der Gehilfen als berechtigt anzusehen. Am Mittwoch den 29. März wurde nun nochmals in Freiburg selbst zwischen den Meistern und Gehilfen verhandelt. Die dabei von den Meistern gemachten Zugeständnisse waren so gering, daß eine am Abend abgehaltene Versammlung der Flugschnellerer glatt ablehnte und die Sperre über Freiburg verschärfte. Die Stellung der Meister wird einigermassen begrifflich, wenn man weiß, wie die „Christlichen“ die Interessen der Flugschnellereisen vertreten. Bei den Verhandlungen machte der Herr Obermeister B. H. hier die Mitteilung, daß die „christlichen“ Flugschnellereisen erklärt hätten: Sie sehen ein, daß die Lage im Blechgewerbe eine schlechte sei und sie jetzt deshalb bereit, unter den bisherigen Bestimmungen weiterzuarbeiten. Fürwahr, achte „Selbsta“, diese „Christlichen“. Zu ganz Deutschland erheben sie jetzt wieder ein Geschrei über Ketten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, weil dieser sie bei den Verhandlungen ausgeschaltet hat und hier bieten sie sich ihnen zum Streikbrechen an. Bei den Verhandlungen in Stuttgart, wo sie mit langer Nase abgehört wurden, gab der Herr Kollosrat die Zahl der „christlichen“ Flugschnellerer in den für die Bewegung in Frage kommenden Orten auf 250 an, eine Woche später hatte Herr H. H. H. den bekannte Kronzeuge des Engel, schon 500 daraus gemacht. Wir wollen dies nun öffentlich feststellen, um den Flugschnellereisen zu zeigen, wie sich die „Christlichen“ die Verdienste der Flugschnellerer denken. Nebenbei wird jeder christlich denkende Flugschneller dieser Gesellschaft mit Vergnügen und Eitel den Ruten sehen. Die Flugschnellereisen in Freiburg aber wissen nun, wer den Meistern den Rücken gestrichelt hat. Nach der abgelehnten Forderung der Gehilfen haben die Meister nochmals Erklärung genommen und noch einige weitere Zugeständnisse gemacht. Das ganze entspricht ja auch noch nicht dem, was die Meister verlangt haben, geht aber weit über das, was die Meister ursprünglich bewilligen wollten. Am 5. April waren eine Versammlung der Meister dazu einberufen und erklärte sich auch einigermassen für die Flugschnellerer mit knapper Majorität mit dem Ergebnis einverstanden. Es wurde aber dabei betont, daß man von den Meistern auch freigelegte Einhaltung der jetzigen Bestimmungen erwartet. Die nächsten Lohnsätze treten vom 1. April an in Kraft. Es wurde aber auch noch darauf geachtet, daß auch den christlichen Meistern der jetzige Lohnsatz bewilligt wird. Nebenbei werden diese noch nicht entschlossen. Die christlichen Meister erheben aber dann, daß die „Selbsta“ doch bessere Leistungen sind. Wir dergleichen Böses mit Gutem und handeln dadurch wenigstens christlich. Wir wollen aber die Mitglieder der „christlichen“ Gesellschaft nicht unter der Dummheit ihrer „Führer“ Schaden leiden lassen. **A. S.**

**Metallarbeiter.**

**Wien i. Böh.** Am 25. März tagte hier eine vom „christlichen“ Metallarbeiterverband einberufene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Der Bezirksleiter Hirtlicher aus Eger wollte

sprechen über das Thema: „Christlicher Metallarbeiterverband oder Deutscher Metallarbeiter-Verband.“ Der hiesige Vorsitzende des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes wies besonders darauf hin, daß es an der Zeit sei, „einmal gründlich mit den roten Gewerkschaften in Wien abzurechnen“. Es würde deshalb auch freie, unbeschränkte Redefreiheit ein Begner gewünscht. Zum großen Leidwesen der Christen selbst sprach jedoch Hirtlicher nicht zum Thema, sondern er wollte durch Klarlegung der Entwicklung der Arbeiterbewegung vom Jahre 1868 an den Beweis führen, daß ein christlicher Arbeiter es mit seinem Gewissen nicht vereinigen könnte, einer roten Gewerkschaft anzugehören und bei den zukünftigen Wahlen einen Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben. Über etwas Geschäftliches hörte man nicht. Dummheiten und Schimpereien, das waren die Geistesblitze des Christenapostels. Seine Ausführungen sollten eben nur den Zweck haben, Stimmung zu machen für das Zentrum, das Arm in Arm mit den Junkern dem Volke die brüderlichen Laster aufgeschuldet hat. Der „christliche“ Hirtlicher wollte aber die „Neutralität seiner Gewerkschaft nicht verleugnen“, deshalb mußte er doch das Zentrum verteidigen und die Sozialdemokratie bekämpfen, die den „Ansturz der heutigen Gesellschaft herbeiführen, die Religion bekämpfen und somit das Nationalwohl mit Füßen treten wolle“. Da Redefreiheit zugesagt war, war ein Teil unserer Verbandskollegen erschienen. Kollege Bormann aus Garmisch rechnete in ½ stündiger Rede an der Hand statistischen Materials aus christlichem Lager gründlich mit dem Herrn Hirtlicher und seinen Zentrumspräsidenten ab. Als die Siebe haegeldigt auf den armen Hirtlicher niederkauten, Randalierten die aufgebeuteten „Christlichen“ darat, daß es dem Vorsitzenden nicht gelingen wollte, die Ruhe unter seinen Reuten wieder herzustellen, obwohl er auf die müßergültige Ruhe der freien Gewerkschafter Bezug nahm. Ein „christlicher“ Vertrauensmann, der sich vor den Kollegen Bormann postiert hatte, schien von Lohndurst befallen zu sein. Als Bormann unter diesem Lärm seine Ausführungen beendet hatte, liefen Anträge auf Beschränkung der Redezeit und auf Schluß der Debatte ein. Nach dem wirren „christlichen“ Abstimmungsmob wurde die Debatte geschlossen und dadurch unseren bereits eingezeichneten Kollegen das Wort abgeschnitten. So steht es mit der Redefreiheit im „christlichen“ Lager aus, wenn die „christlichen“ Größen in der Klemme sind. Unsere Kollegen und Genossen können der Aufforderung Bormanns noch und verlassen die ungeschickliche Stätte. Die „christliche“ Versammlung zeigte, daß ein fauler Stamm nur faule Früchte zeitigen kann.

**Arnstadt i. Th.** Die Maschinenfabrik von Rudolf Leh hat ihren Betrieb bedeutend erweitert, sie muß in Kürze neue Arbeitskräfte einstellen. Die Firma ist aber sehr vorsichtig bei Neueinstellungen, es wird stets nach dem Verband gefragt. Organisierte werden nicht eingestellt.

**Berlin.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag den 19. März ihre ordentliche Generalversammlung für das vierte Quartal 1910 ab. Das vom Kollegen C. O. H. in der Generalversammlung vom 5. März in Aussicht gestellte Verzeichnis der Lieferanten (Geschäftsleute), die im Bund (dem Organ der Gehilfen) amonizierten, wurde am Eingang des Saales den Kollegen übergeben. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte Kollege C. O. H. noch, er habe schon in einer früheren Versammlung darauf verwiesen, daß die im Bund empfohlenen Lieferanten nach Art der Rabattmarkenvereine den Käufern, die sich auf den Bund beziehen, gewisse Vorteile gewähren, und daß auch dem Herausgeber des Bund von dieser Geschäftspraxis erhebliche Vorteile (Einkünfte) zufließen. Das habe Lebins bestritten, er behauptete, die Lieferanten hätten nur eine kleine Gebühr für die Aufnahme ins Lieferantenverzeichnis zu zahlen. Nach dem Lebinschen Prospekt hat der Redner berechnet, daß der Herausgeber des Bund 169 in seinem Verzeichnis enthaltenen Firmen, selbst wenn man die verfallenen Zinsen der Firmen nur einmal rechnet, eine Jahressumme von 8788  $\text{M}$  bezieht. Die Geschäftsleute, die derartige Aufwendungen für die Empfehlung im Bund machen und den Gehilfen Rabatt gewähren, können dies natürlich nur durch Ueberverteilung ihrer übrigen Stunden. Wir haben deshalb guten Grund, diesen Geschäftsleuten zu sagen: Wenn ihr den größten Teil eurer Stunden zugunsten anderer überverleibt, dann müßt ihr auf unsere Kunstschicht verzichten. — Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Jahresbericht für 1910 bemerkte Kollege C. O. H.: Das Jahr ist zu verlaufen, wie sich zu jedem Beginn als wahrscheinlich vorausgesagt ließ. Die Konjunktur war mit Ausnahme in der Lokomotivfabrikation eine günstige. Die Arbeitslosigkeit nahm ab, die Erwerbslosenunterstützung sank, die Zahl der von unserem Arbeitsnachweis vermittelten Stellen stieg, die Mitgliederzahl stieg ebenfalls von 64 081 auf 79 854. Angesichts dieser allgemeinen Erleichterung ist es selbstverständlich, daß unsere Kollegen sich rümpfen, um den Rückgang der Löhne in den letzten Jahren wieder wettzumachen und einen Ausgleich für die durch die arbeitereindringliche Steuerpolitik der Reichsregierung und des schwarzblauen Nords verordnete Lebenshaltung herbeizuführen. Wenn auch unsere Mitgliederzahl am Orte in erfreulicher Weise gewachsen sei, seien doch noch sehr viele Metallarbeiter der Organisation zuzuführen. Zu 1518 Betrieben seien circa 158 000 Metallarbeiter beschäftigt. 70 Prozent der Metallarbeiter und 25 Prozent der Arbeiterinnen seien organisiert. Die Errichtung einer Organisationskommission für die Arbeiterinnen hat gute Erfolge gehabt. Interessant sind die Zahlen über die Zunahme unserer Mitgliederzahl in den letzten zehn Jahren. Im Jahre 1901 hatten wir in Berlin 22 000 männliche und 358 weibliche Mitglieder. Ende des Jahres 1910: 72 367 männliche und 7484 weibliche Mitglieder. In dem Jahresbericht, der den Kollegen in der Versammlung gedruckt ausgehändigt wurde, ist eine Tabelle enthalten, die die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle in den letzten zehn Jahren im allgemeinen darstellt. Entsprechend der guten Konjunktur war die Zahl der im abgelaufenen Jahre gestiegenen Lohnklämpse die größte seit dem Bestehen des Verbandes. Es wurden 116 Streiks geführt (48 Angriff- und 68 Abwehrstreiks). Dazu kamen 4 Aussperrungen. Nicht nur die Zahl der Streiks, sondern auch die Zahl der daran Beteiligten ist im Vergleich mit den früheren Jahren größer geworden. Besonders ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1910 sehr viele Lohnbewegungen mit Erfolg geführt wurden, bei denen sich keine Arbeitsniederlegung notwendig machte. Das gilt namentlich für die Selbstmetallindustrie. Mit mehreren Firmen dieser Branche sind Tarife abgeschlossen worden; es sind das dieselben Firmen, die in den Jahren 1903 und 1904 einen hartnäckigen Kampf gegen die Arbeiter führten wegen geringerer Forderungen als sie jetzt im Wege der Vereinbarung anerkannt wurden. Dergleichen Firmen, die damals erklärten, unter keinen Umständen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband verhandeln zu wollen, haben jetzt nichts mehr gegen Verhandlungen mit Verbandsvertretern einzuräumen. Es hat sich die Organisation Anerkennung verschafft. Bei dem prunkhaften Kriegsanthropismus wurde Beschwerde erhoben gegen das Eingreifen der Leitung der Militärbehörden in Spandau. Bei einem Streik in der A. E. S. sollten aus diesen Verhältnissen Arbeiter als Streikbrecher nach der A. E. S. geschickt werden. Dieser Versuch scheiterte jedoch an der Solidarität der Arbeiter. Die von einem dreizehntägigen Kriegsanthropismus nicht anders zu erwarten, kam dann auch auf die Behörden hin der Befehl, daß die Beschwerde barsens auf festliche Voraussetzungen beruhe, und daß das gleiche Ergebnis, wonach bei Streiks die Vermittlung von Arbeitsämtern an bestimmte Betriebe durch die unterste Behörde des Kriegsanthropismus unterbleiben soll, zu ergreifen wird. Die Mitglieder des Verbandes war sehr unzufrieden. 29 000 Mannschaften sind allein in Berlin (ohne die Vororte) an die Leiharbeiter der Feiler ausgegeben worden. Die Berechnungen über den Raifonds zeigen in Berlin noch nicht zum Abschluß gekommen. Das scheint daran zu liegen, daß man die Schaffung des Fonds mit der Mitarbeiter selbst beauftragt. Auf diese Weise kann die Sache nicht erledigt werden. Nach den Beschlüssen des Leipziger Parteitages und des Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresses sei nun darüber zu beraten, ob ein Nationalfonds geschaffen werden solle oder ob es nicht einen

folgenden geht. Die erwähnten Beschlüsse sprechen nur von freiwilligen Sammlungen. Ein Obligatorium zur Beitragsleistung für den Fonds dürfte also nicht geschaffen werden. Die Grundlage der Unternehmung müßte die Klassen der Partei- und Gewerkschaftsorganisation sein, die da einzutreten haben, wo die freiwilligen Sammlungen nicht ausreichen. Für die Angehörigen besteht der Nürnberger Parteitagbescheid nach wie vor. Die Jugendkommission des Verbandes entwarf eine erfolgreiche Tätigkeit. Ihr ist es zuzuschreiben, daß sich die jugendlichen Berufsgenossen, wenn sie erst für die Sache interessiert sind, beim Eintritt des organisationsfähigen Alters in den Verband aufnehmen lassen, ohne daß es einer besonderen Aufforderung bedarf. Die Bibliothek erfreut sich einer stetigen Zunahme. 64 525 Bände wurden im Berichtsjahr ausgeliehen. Der Bücherbestand ist um 422 Bände vermehrt worden, er beträgt jetzt 10 378. Der Arbeitsnachweis hat ebenfalls eine ausgedehntere Tätigkeit entfaltet. Im Jahre 1901 wurden 1197 Stellen vermittelt, 1909: 5734 und 1910: 8804, einschließlich des Nachweises in der Milderstraße. Durch Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für Schlosser an derselben Stelle, wo vor seiner Zusammenlegung mit dem Nachweis der Metallindustriellen sich der Arbeitsnachweis der Schlosser befand, ist die Arbeitsvermittlung erweitert worden. Durch Uebernahme des Nachweises in der Milderstraße sind die vermittelten Stellen über 100 Prozent gestiegen. Die Tätigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises wird noch bedeutend gesteigert werden, wenn jeder Bau- und Aufhänger es sich zur Pflicht macht, nur diesen Nachweis in der Milderstraße zu benutzen und jeden anderen zu meiden. Dann wird es auch möglich sein, die Absichten zu verwirklichen, die die Unternehmer mit dem Abschluß des Schloßernachweises an den Verband der Metallindustriellen verfolgten. Ebenso wie der Arbeitsnachweis ist bekanntlich auch die Erwerbslosenunterstützung ein guter Gradmesser für den Stand der Konjunktur. Im Jahre 1908 ist der höchste Betrag der bisher ausbezahlten Summe für Erwerbslosenunterstützung (Arbeitslosenunterstützung) erreicht worden, in der Höhe von 923 129  $\text{M}$ . Im Jahre 1909 fiel die Summe infolge in der zweiten Hälfte des Jahres gestiegenen Arbeitslohn auf 796 833  $\text{M}$ , im Jahre 1910 aber auf 431 996  $\text{M}$ . Die wenig nehmen sich dagegen die 15 000  $\text{M}$  aus, die die Stadt Schönberg für Arbeitslosenunterstützung ausgemworfen hat, oder die 20 000  $\text{M}$ , die die Stadt Charlottenburg für den gleichen Zweck voranschickte. Kollege C. O. H. schloß seinen Bericht mit dem Hinweis auf die gegenseitigen Absichten der Gewerkschafter, die die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation notwendiger denn je machen. — Aus der Jahresabrechnung, die für die Hauptkasse mit 1 964 069,40  $\text{M}$  bilanziert, sei hervorgehoben, daß an Unterstützung gezahlt wurde: bei Arbeitslosigkeit 431 996,05  $\text{M}$ , bei Krankheit 415 327,45  $\text{M}$ , bei Maßregelungen 40 412,20  $\text{M}$ , bei Streiks 107 913,20  $\text{M}$ . Der Kassenbericht für das vierte Quartal 1910, der den Kollegen ebenfalls gedruckt eingehändigt worden war, wurde von Kollege H. H. H. erläutert. Die Einnahmen und Ausgaben schloßen ab mit 559 410,71  $\text{M}$  für die Hauptkasse, darunter an Ausgaben: bei Arbeitslosigkeit 114 852,15  $\text{M}$ , bei Krankheit 101 747,30  $\text{M}$ , bei Streiks 19 837,35  $\text{M}$ , bei Maßregelung 11 232,80  $\text{M}$ , für Restschuld 3473,80  $\text{M}$ . An die Hauptkasse wurden eingehend: 120 000  $\text{M}$ . Die Lokalkasse bilanziert für den gleichen Zeitraum mit 1 159 512,89  $\text{M}$  und es beläuft sich der Kassenbestand am 31. Dezember 1910 auf 1 078 386,19  $\text{M}$ . Kollege D. R. D. beantragte namens der Rediktoren, dem Kassen-Ratgeber zu erlauben; die Generalversammlung stimmte einmütig zu. — Bei den Neuwahlen zur Ortsverwaltung wurde als erster Bevollmächtigter C. O. H. gegen eine Stimme wiedergewählt. H. H. H. wurde einstimmig als zweiter Kassenrat wiedergewählt. Als Rediktoren wurden D. R. D., G. R. S., B. O. L. wiedergewählt, neugewählt August K. R. a. u. e. an Stelle von Graewe, der, da er als Bureauangestellter im Dezember 1910 gewöhlt worden war, ausgeschlossen mußte. Die Wahl der zwei Beisitzer wird in den Bezirken vorgenommen, da die Generalversammlung mehr Kandidaten als zu Wählende aufstellte. Es kandidierten hierzu Strüker, Nonnenmacher und Liesa. — Die Versammlung wurde hierauf vertagt.

**Brandenburg.** Die Kollegen der Firmen Gottfried Krüger (Eisfabrikation), der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von C. F. Richter, der Deutschen Drehmaschinenfabrik und der Maschinenfabrik und Schiffsverft von G. H. Wiemann haben vor zwei Wochen Lohnforderungen eingereicht. Es handelt sich in der Hauptsache um Festsetzung von Einstellungsstufen, Regelung der bestehenden Löhne, um entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit und Regulierung der Bezahlung der Ueberstunden. Soweit Formler in Frage kommen, soll auch eine Regelung der Gehälter erfolgen. Die Kollegen haben durch Kommissionen mit den Unternehmern Verhandlungen gepflogen, die aber an letzter Stelle bestrebende Resultate zeitigten. Die Antworten der Fabrikanlagen lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß eine Verständigung der Unternehmer stattgefunden hat. Die von ihnen gemachten Zugeständnisse sind aber so gering, daß die Kollegen sich damit nicht zufriedengeben konnten. Nach eingehender Beratung und unter voller Würdigung der augenblicklich bestehenden Verhältnisse kamen die Kollegen der Firmen G. B. R. Wiemann und der Deutschen Drehmaschinenfabrik zu dem Beschluß, die Arbeit einzustellen. Bei den Firmen Gottfried Krüger (Eisfabrikation) und C. F. Richter sind die Verhandlungen noch nicht endgültig abgeschlossen, jedoch ist die Situation derart, daß es auch da voranschicklich zur Arbeits-einstellung kommen wird, wenn keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden. Der Zugang von allen vier Betrieben ist strengstens fernzuhalten.

**Bremen.** Die Werkstattarbeiter (Schlosser, Treher, Schmiede u. s. w.) der Straßenbahn standen in verschiedenen Dingen noch hinter den Arbeitern anderer Werkstätten zurück. Namentlich wurde noch 9½ Stunden gearbeitet, während in mehreren Betrieben schon seit Jahren nur 9 Stunden und weniger gearbeitet wird. Die Handwerker richteten deshalb das Ersuchen an die Direktion, auch für die Werkstatt Gasstraßen, für die Schlosser auf den Stationen und für die Arbeiter an der Oberleitung die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Auch wurde eine Regelung der Sonntagsarbeit und prozentuale Vergütung verlangt. Die Direktion ist jetzt nach mehrmaligen Verhandlungen mit den Kommissionen der Arbeiter den Wünschen entgegengekommen. Sie hat ein bestimmtes Vertragsverhältnis mit den Arbeitern geschlossen. Nach den Abmachungen heißt es unter anderem: Die Arbeitszeit beträgt vom 27. März dieses Jahres an täglich 9 Stunden mit Ausnahme des Sonnabends, das nur 8 Stunden gearbeitet, aber für 9 Stunden bezahlt wird. Die in der Bekanntmachung vom 26. Juli 1910 festgesetzten Stundenlöhne (für Schlosser 50  $\mathcal{M}$  und Vorhölzer 54  $\mathcal{M}$ ) werden vom 27. März dieses Jahres an um je 3  $\mathcal{M}$  erhöht, vom 1. Juli 1912 an wieder um 2  $\mathcal{M}$ . Es sind also 9 Stunden pro Tag und Sonnabends eine Stunde Verkürzung bewilligt. Auch dürfen sich die Arbeiter 5 Minuten vor Feierabend waschen. Auf den Stationen wird die Sonntagsarbeit voll bezahlt und von morgens bis mittags 1 Uhr 30 Prozent Aufschlag gewährt. Die am 1. Juli 1910 festgelegte Lohnabelle bleibt bestehen, es werden die Löhne in der Werkstatt Gasstraße und bei der Oberleitung jetzt um 3  $\mathcal{M}$ , auf den Stationen die Stundenlöhne bis zum Lohnsatz von 54  $\mathcal{M}$  um je 3  $\mathcal{M}$ , die Löhne über 54  $\mathcal{M}$  um je 4  $\mathcal{M}$  erhöht. Am 1. Juli 1912 tritt für alle Arbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2  $\mathcal{M}$  ein. Außerdem treten noch einige Verbesserungen für die Arbeiter in Kraft. Die Direktion wird bald einsehen, daß es viel vorteilhafter ist, wenn man den Wünschen der Arbeiter entgegenkommt, als wenn man alles kurz ablehnt und es zum künftigen kommen läßt. Es wäre demnach für die Handwerker so ziemlich alles in Ordnung, nur erscheint es angebracht, den Annahmen einzelner Kontrolleure, die von den Arbeitern der Handwerker nichts verstehen, gelegentlich einmal einen Dampf aufzusetzen, da sie Anordnungen treffen, die der praktischen Arbeit zuwiderlaufen. Wenn die Direktion glaubt, daß die Vorhölzer noch Kommandeure brauchen, dann sollten das doch technisch gebildete Beamte sein.

**Frankfurt a. M.** Die Verhältnisse im Betrieb der Drehwerke nach der vollzogenen Fusion mit der A. G. S. (Berlin.) Am 1. Januar dieses Jahres ging bekanntlich das Dynamowerk der Gebrüder Schilling & Knaack in die Hände der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin über, wodurch die Monopolisierung der deutschen Elektrizitätsindustrie um einen wesentlichen Schritt gefördert wurde. Wohl keine Industrie Deutschlands hat eine derartige sprunghafte Entwicklung aufzuweisen, wie die Elektrizitätsindustrie. Niemand ist der Konzentration des Kapitals so weit vorgeschritten wie bei ihr. Einige wenige Gesellschaften beherrschen die ganze Industrie. Eine geradezu riesenhafte Entwicklung zeigt die A. G. S. Ihr Aktienkapital betrug bei ihrer Gründung 1883: 5 Millionen Mark, 1898: 22 Millionen und nach der letzten Kapitalerhöhung von 30 Millionen am 1. Januar 1910 58 Millionen Mark. Nach den Angaben des Generaldirektors Rathenau betrug die Zahl der beschäftigten Personen am 1. Juli 1910: 41.663 gegen 33.036 im Jahre 1909. Solchen Riesenergebnissen vermögen kleinere Betriebe auf die Dauer nicht zu widerstehen. Lange Zeit hindurch führten die Drehwerke einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz. Schließlich siegte jedoch der Druck von Berlin und die Suche nach Profit. Während die Dividende der Drehwerke im Vergleich von 8 auf 6 Prozent zurückging, stieg die der A. G. S. von 12 auf 13 Prozent. Diese Tatsache war für die Aktionäre der Drehwerke ausschlaggebend zur Abstoßung des Dynamowerks. Die A. G. S. hatte naturgemäß ein lebhaftes Interesse an der Übernahme dieses Werks. Sie befreit damit eine unheimliche Konkurrenz und erleichtert hierdurch die Trübsalbildung um ein bedeutendes. Das Kapital beider Werke kann also durch den Zusammenstoß nur profitieren. Wie sieht es jedoch um die Existenz der Arbeiter und Beamten? Bei Bekanntwerden der vollzogenen Fusion tauchten Gerüchte auf, der Betrieb in Frankfurt a. M. werde aufgelöst. Auf eine Anfrage auf der Generalversammlung am 15. Oktober erklärte Generaldirektor Rathenau: „Auch der Vergleich der Zahl der Arbeiter und Angestellten sowie der Umsätze der hiesigen (Berliner) Werke mit denen des Frankfurter Dynamowerks deutet darauf hin, daß es keine übermäßige Anstrengung bedürfen werde, für volle Tätigkeit des letzteren zu sorgen, zumal wir uns einer besseren Konjunktur zu nähern scheinen. Darin liegt zugleich eine beruhigende Antwort auf die Frage, inwieweit von der Reorganisation des Frankfurter Werks eine Einschränkung seiner Angestellten zu besorgen sei.“ Aus diesen Worten konnte nur gefolgert werden, daß der Betrieb des Dynamowerks aufrechterhalten werden sollte. Groß war deshalb die Enttäuschung, als zum 1. Januar ein großer Teil der Beamten die Kündigung erhielt. Ganze Abteilungen wurden im Dezember und im Januar aufgelöst. Viele Arbeiter wurden rückwärts auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig waren ganz erhebliche Lohnabsätze an der Tagesordnung. Man versuchte, die beiden Betriebe Berlin und Frankfurt gegen einander auszuspielen. Die Betriebsleitung erließ ein Rundschreiben an die Meister und Beamten, in dem es hieß: „Damit die uns von der A. G. S. bewilligten Arbeitslöhne auf keinen Fall überschritten, sondern eher unterschritten werden, wird bestimmt.“ Diese Einstellung verleiht dem Geist dieser Bekanntmachung. Es wurden jedoch nicht die in Berlin bezahlten, sondern die kalkultierten Preise, die dort um das Vielfache erhöht wurden, bekanntgegeben. Für diese Preise konnten die Arbeiter natürlich unmöglich ausgeführt werden. Rundschreibungen in Berlin ergaben die schlimmsten Dinge. Die Arbeiter fanden diesen Zuständen nahezu wehrlos gegenüber, da Woche für Woche größere Arbeiterentlassungen erfolgten. Das Meer der Arbeitslosen schwoll geradezu unheimlich an. Da nicht nur die Arbeiterzahl, sondern auch weite Kreise des Mittelstandes in ihrer Existenz bedroht wurden, erfolgte eine Interpellation in der Stadtverordnetenversammlung. Auch die bürgerliche Presse schlug Alarm. Die Direktion gab auf Grund dieser Tatsachen eine Erklärung ab, die besagt: Die Ansicht, daß der hiesige Betrieb eingeschränkt werde, sei falsch. An Stelle der verlegten Betriebe sei die Erweiterung der Großmaschinenabteilung und die Errichtung einer Gummiabrik geplant, so daß die Gesamtzahl der hier am Orte von den Drehwerken beschäftigten Arbeiter noch steigen dürfe. Die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Pläne sei allerdings, daß die Arbeiterschaft der Firma keine Schwierigkeiten bereite. Monate sind nach Abgabe dieser Erklärung ins Land gegangen. Von einem Ausbau des Betriebes ist jedoch nichts zu merken. Massenentlassungen, die in der Deffektivität unangenehm auffallen, werden jetzt dadurch vermieden, daß durch Einführung einer neuen Arbeitsordnung die bisherige Kündigung aufgehoben ist. Jetzt erfolgen die Entlassungen in einzelnen. Auch sonst brachte die neue Arbeitsordnung wesentliche Verschlechterungen. All die Errungenschaften der verflohenen Jahre, wie Ausschlag für Ueberstunden und Nachschichten, Bezahlung der Warteszeit, Vergütung bei Kontrollversammlungen etc. wurden mit einem Schläge beseitigt. Die Lohnzahlung, die bisher Mittwoch erfolgte, wurde auf den Samstag verlegt. Die Mitwirkung des Arbeiterausschusses bei Arbeitsveränderungen, die im Vorjahr bewilligt wurde, gilt als beseitigt. Die Arbeiterschaft protestierte gegen diesen Zustand der Willkür und beauftragte den Arbeiterausschuß, Währungsbeanträge zu stellen. Darüber ging die Firma zur Tagesordnung über. Ohne den Ausschuß zu hören, trat die neue Arbeitsordnung am 1. März in Kraft. Zweifelslos bedroht die Betriebsleitung, die Arbeiterschaft zu einer energiegelassenen Abwehr zu provozieren, um alsdann die Stilllegung des Betriebes der Arbeiterschaft zur Last zu legen. Dieser laubere Plan wurde durch die Einsicht der Arbeiterschaft vereitelt. Die Firma selbst wird Farbe bekennen müssen. Allem Anschein nach wird der Betrieb in Kürze aufgelöst. Der frühere so stolze Betrieb macht einen geradezu trostlosen Eindruck. Weit über die Hälfte des früheren Arbeiterbestandes ist bereits entlassen. Die gewaltigen Hallen mit den modernsten, teuersten Maschinen sind verödet. Gewaltige Kapitalien sind lahmgelegt und fordern Verzinsung, die man sowohl hier als in Berlin aus den Arbeitern herauszupressen versucht. Eine der wichtigsten gegenwärtigen Abteilungen, die Kleinmotorenfabrik, wird in Kürze aufgelöst und nach Berlin verlegt. Im Transformatorbau, einer der Abteilungen, deren Ausbau in Aussicht gestellt war, sind Aussetzen und Entlassungen an der Tagesordnung. Im Verlauf der vorigen Woche wurde die Firma im Generalanzeiger und durch die städtische Arbeitsvermittlungsstelle wichtige Stellenanzeigen, Karussellbetreiber, Dreher für große Planbänke, Fräser und Bohrer, obwohl kurz zuvor größere Entlassungen dieser Berufsgruppen erfolgt waren. Dieses Randverbot kann nur als eine Täuschung der Deffektivität bezeichnet werden. Entlassungen erfolgten so gut wie keine. Es werden Löhne geboten, zu denen derartige Arbeitskräfte nicht zu haben sind. Da die hiesige Metallindustrie die Entlassenen nicht aufnehmen vermag, sind sie zur Verweigerung gezwungen. Hunderte sind mit ihren Familien auseinander, um sich eine neue Existenz zu suchen. Treffenber kann der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gelindert werden. Zur höheren Ehre des Profits werden zahlreiche Existenzen nicht nur in den Reihen der Arbeiter, sondern auch des „neuen Mittelstandes“ vernichtet. Derartige Riesenergebnisse weisen auf die öffentliche Meinung. Sie fühlen sich völlig als Herr der Situation. Der Zweck ihres Daseins beruht lediglich auf der Erzielung möglichst hoher Gewinne.

**Wittenberg.** Die Dürker und Hilfsarbeiter der Aluminiumwerkfabrik von Löding & Lübbig stehen in einer Lohnbewegung. Die Ursache dazu ist die Auslegung der Fabrikordnung und das Ausbleiben des Herrn Löding. Die Redensarten, die Herr Löding bei Einreichung von Forderungen an die Arbeiter richtete, gehen dahin, daß es für den Arbeiter nutzlos sei, sich zu organisieren, er könnte kein Geld sparen und auf die Sparkasse tragen. Herr Löding möge nur erst die Arbeiter zu begablen, daß sie ihr Auskommen haben und sich etwas sparen können. Herr Löding fügt sich auch darauf, daß er vom „christlich-sozialen Verband“ genügende Arbeitskräfte bekomme. Das wird ihm aber nicht viel nützen. Wir eruchen unsere Kollegen, diesen Betrieb zu meiden, bis Herr Löding die Ueberzeugung gewonnen hat, daß

es nicht so ohne weiteres geht, die Arbeiter und ihre Organisation bei Festlegung der Arbeitsbedingungen auszuschalten.

**Vom Lauchhammerwerk** Eröblich. Die Weltfirma Lauchhammer, von deren riesenhafter elektrischer Ueberlandzentrale in letzter Zeit viel die Rede war, hat auf ihren Werken keineswegs idyllische Zustände. Man glaubt vielmehr, Schilderungen aus den sibirischen Bleibergwerken zu hören, wenn man die Klagen der Arbeiter vernimmt. In der Verzinkerei, in der Tag und Nacht gearbeitet wird, ist der Raum so ungenügend, daß für die Arbeiter eine stetige Gefahr besteht. Ganz besonders, wenn die drei Defekte gleichzeitig in Betrieb sind. So ist am 22. März einem Arbeiter die Kleidung auf dem Leibe verbrannt und ein anderer Arbeiter erhielt bedeutende Verletzungen durch Verbrennen mit geschmolzenem Zinn. Was aber den Aufenthalt in dieser Abteilung schier unerträglich macht, das ist das Fehlen jeder Ventilation. Die Arbeiter sind gezwungen, die giftigen Gase einzatmen, so daß, wie nicht anders zu erwarten, häufige Krankheiten die Folge sind. In der Gießerei III, bei der Rohraufbereitung, ist das amerikanische System eingeführt. Diese Arbeitsmethode bedingt, daß die Formen direkt in der Gießerei durch Wasserdampf getrocknet werden müssen. Da bei der Länge der Formen, die aufrecht stehen, ein Teil der Arbeiter im unteren Räume, ein anderer Teil im oberen Räume beschäftigt ist, müssen die im oberen Räume Beschäftigten die nach dort abziehenden Dünste und Gase einschleppen. Denn auch hier fehlt jede zweckmäßige und vollkommene Ventilation. Hierbei tritt noch als besonders lästig der durch Brauchkohlenfeuerung entstehende Gaudust und Gestank auf. Die Arbeiter haben sich wiederholt über diese Zustände beschwert, aber trotz gemachter Vorbringen ist bis heute von der Betriebsleitung nichts geschähen. Eine ganz eigenartige Entschuldigungsweise existiert in der Stahlgießerei. Die Arbeiter erhalten dort nicht die Arbeit bezahlt, die sie gemacht und abgeliefert haben, sondern nur die, die verkauft worden ist. Die Firma stellt sich ein Lager fertiger Arbeiten her und läßt als Betriebskapital den Lohn der Arbeiter stehen. Daß dadurch ganz unhaltbare Verhältnisse geschaffen werden, daß zum Beispiel ein Arbeiter das Werk schon seit Wochen verlassen und seinen Lohn noch nicht erhalten hat, ist schon wiederholt vorgekommen. Wie sich die Meister bei der Firma benehmen, dafür dient der Meister Kaufmann als Beispiel. Dieser Herr ist einer von den ganz Frommen. Die Sekte, der er angehört und die durch ganz hervorragende Frömmigkeit und Heiligkeit bekannt ist, führt im Volksmund die Bezeichnung „Seilige Geige“. So ist es auch wohl nur der Frömmigkeit dieses Herrn zuzuschreiben, daß er die Meinung hegt, 34 1/2 Stundenlohn seien für die Schmelzer ausreißend, während die Schmelzer 35 1/2 beanspruchen. Daß die Worte seit Jahr und Tag nicht gereinigt wurden, daß in den Speiseaal für die Arbeiterinnen die Saugen von der Decke auf die Tische tropft, sei nur so nebenbei erwähnt. Wir wollen aber auch der Firma gerecht werden und eine von ihr eingerichtete „Wohlfahrtsvereinrichtung“ nicht verfehlen. Die Firma hat im Jahre 1908: 50.000 M. gespendet, aus deren Zinsen ein Krankenzusatz gewährt wird. Es erhalten verheiratete Kranke, die Kinder haben, im Krankheitsfall pro Kind und Tag einen Zuschuß von 20 Pfennig! Wirklich großzügig, geradezu überwältigend. Zur besonderen Beleuchtung dieser Wohlfahrt hat die Firma gleich nach Stiftung der Spende den bisher bezahlten Zuschuß von 5 1/2 bei Ueberstunden abgezogen. Da die Firma ständig auf der Suche nach Formern ist, seien diesen die idyllischen Zustände des Werks recht warm empfohlen.

**Schlosser.** Bei der Erneuerung des Vertrages wollten die hiesigen Meister den Gesellen einen schlechteren Vertrag aufzwingen, denn neben sehr minimalen Lohnaufbesserungen sollten niedrigere Lohnsätze als bei dem alten Vertrag eintreten, in den neuen Vertrag aufgenommen werden. Zuerst verzögerten die Meister die Verhandlungen, als dann beschlossen wurde, die Kündigung einzureichen, ließ man sich wohl zu Verhandlungen herbei, aber befriedigende Zugeständnisse blieben aus. Am 1. April traten dann die Kollegen in den Streik, die „Christlichen“ blieben stehen, obwohl sie auch einen Vertrag eingereicht hatten und ihrem Ansuchen um Verhandlungen nicht einmal entsprochen wurde. (Es sind kaum ein Duzend „Christliche Schlosser da.) In der nächstfolgenden Woche besetzen die „Christlichen“ dann eine Versammlung ein, in der ein Teil der Gesellen sich ebenfalls mit den Streikenden solidarisch erklären wollte, was aber die geniale Leitung des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes (der Herr Haber Kuhn in Forstheim) verhindert haben soll. Daran ist nun große Verlegenheit bei den „christlichen“ Kaulhelden. Wenn die Forderung mit ihnen wenigstens noch einen Vertrag abgeschlossen hätte, dann hätte sich auch ihr Streikbruch demänteln lassen, so aber sind sie bis auf die Knochen blamiert, als Schwärze-Gelbe entlarvt stehen sie da. Der Zusammenhalt der Streikenden ist auf, ein großer Teil ist bereits abgereift. Die auswärtigen Kollegen haben die Pflicht, Stuttgart und Umgebung t e n g z u m e i d e n .

## Rundschau.

### Die Abrechnung der Lokalkassen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1910

ist nun auch fertiggestellt. Sie bilanziert mit 8 000 739,61 M. Die Einnahmen (ohne Bestand des Vorjahres mit 2 984 296,01 M.) waren: 30 Prozent der Beiträge: 2 875 188,08 M., Extrabeiträge der erwachsenen männlichen Mitglieder 1 613 841,81 M., Extrabeiträge der weiblichen und jugendlichen Mitglieder 63 802,84 M., sonstige Einnahmen 643 633,48 M., von der Hauptkasse übermiesen 320 304,44 M., zusammen 5 016 499,60 M. Von den Ausgaben sind erforderlich die Unterhaltungskosten 1 256 009,01 M. Wie sich diese Summe auf die einzelnen Unterstützungsabteilungen verteilt, zeigt folgende Uebersicht, in der auch die Summen, die 1910 aus der Hauptkasse für Unterstützungen gezahlt wurden, mit aufgeführt sind:

Unterstützungen	Hauptkasse	Lokalkassen
Reisgeld	291 284,89	39 183,82
Umwandlungsunterstützung	98 787,93	2 385,10
Erwerbslosenunterstützung:		
a) bei Krankheit	2 743 838,78	1 927,17
b) bei Arbeitslosigkeit	1 336 318,11	67 695,08
Streikunterstützung	3 808 478,40	95 954,60
Maßregelungen	149 500,40	44 531,88
Befondere Notfälle	56 847,55	44 250,11
Sterbegeld	85 247,1	79 155,60
Rechtschutz	43 471,36	
<b>Zusammen</b>	<b>7 815 592,17</b>	<b>1 256 009,01</b>
	<b>9 071 585,18</b>	

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug bei:  
 1909 3 269 835,28 M. 4 112 510,94 M.  
 den Lokalkassen . . 2 984 296,01 = 8 597 802,75 =  
 6 248 251,29 M. 7 710 918,89 M.

### VI. Allgemeiner Krankenkassenkongreß.

An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen in Deutschen Reich. Laut den Beschlüssen der Reichskommission der Krankenkassenvereinigungen im Deutschen Reich vom 28. März 1911 berufen wir hiermit den VI. Allgemeinen Krankenkassenkongreß zum Sonntag den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, Neue Welt-Gartenstraße Nr. 108 bis 111, ein. Tagesordnung:

1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstages. 2. Die Familienversicherung in den Krankenkassen als Mittel zur Bekämpfung der Volksschwächen. 3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiet der Krankenversicherung.  
 Wir eruchen die geehrten Kassenvorstände, unverszüglich hierzu Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu beschicken. Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Kongreßteilnehmer 6 M. Es werden an die einzelnen Kassen auch noch schriftliche Einladungen ergehen.  
 Berlin, Engelauer 15, den 30. März 1911.  
 Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen.  
 E. S i m a n o w s k i, Vorsitzender.

### Hilfsklassenkongreß.

An die Vorstände der Freien Hilfsklassen Deutschlands.

Die Kommission zur Beratung der Vorlage zur Reichsversicherungsordnung hat nunmehr ihre Arbeiten, soweit die Krankenversicherung in Frage kommt, beendet. Nach den Beschlüssen dieser Kommission werden die Hilfsklassen als vollberechtigte Klassen ausgeschrieben, da alle Bestimmungen, die die Erstanzugsmöglichkeit einer Erlassklasse von vornherein ausschließen, beibehalten worden sind. Wie verkündet, soll dieser Entwurf schon zu einem an den Reichstag eingebracht werden. Es ist daher notwendig, daß die Hilfsklassen zu diesem Entwurf nachmalig Stellung nehmen und durch einen einmütigen Protest die geplanten Erbschließungsversuche zurückweisen.

Inzwischen hat die Regierung auch den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes eingebracht. Auch hier ist es notwendig, daß sich die Hilfsklassen eingehend mit diesem Entwurf beschäftigen.

Die unterzeichnete Kommission beruft daher zum 29. April 1911 einen Hilfsklassenkongreß ein, der in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abgehalten werden soll. (Beginn 9 Uhr vormittags.)

Tagesordnung: 1. Die Reichsversicherungsordnung und die eingeschriebenen Hilfsklassen. 2. Der Entwurf des Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes. 3. Beratung der vorliegenden Anträge.

Bei der Wichtigkeit der vorliegenden Entwürfe erwarten wir, daß sämtliche Hilfsklassen auf dem Kongreß vertreten sein werden. Jede Hilfsklasse oder Hilfsklassenvereinigung soll sich durch einen oder mehrere Delegierte vertreten lassen. Diese haben sich durch ein von ihrem Vorstand ausgestelltes Mandat zu legitimieren. Auf demselben ist auch die Zahl der Mitglieder der betreffenden Klasse anzugeben. Anträge, die auf dem Kongreß zur Beratung kommen sollen, sind spätestens bis 18. April an die unterzeichnete Kommission einzusenden.

Die Kommission der Hilfsklassen Deutschlands.  
 G. Schaab, Altona, Gustavstr. 25.  
 F. Zaffe, E. Deisinger, G. Blume, W. Zhemar, E. Thiem.

### Gewerkschaftliches.

**Metallarbeiter.** Anlässlich der in letzter Zeit vorgekommenen mehr oder weniger angenehmen Diskussionen über „Massen und Führer“ ist es am Platze, daran zu erinnern, daß gerade der so viel angefeindete Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der erste war, der bei den Delegiertenwahlen zu den Verbandstagen der Gewerkschaften ein Wahlverfahren einführte, das den breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder die Beteiligung an der Wahl erleichterte, ja in vielen Fällen geradezu erst ermöglichte. In früheren Zeiten verstand es sich einfach von selber, daß die Delegiertenwahlen in den Mitgliederversammlungen erfolgten, ganz einfach, wie wenige Mitglieder sich daran beteiligten. Da jedoch es denn gar nicht selten, daß zum Beispiel in einer Verwaltungsstelle mit 1000 Mitgliedern sich nicht hundert an der Wahl beteiligten und der Delegierte mit noch nicht einmal fünfzig Stimmen gewählt wurde. Ist das es ja auch gar nicht möglich, mehr Mitglieder zu einer Versammlung zusammenzubekommen, weil eben kein größeres Lokal zur Verfügung stand. Bei solchen Uebelständen durfte man mit Recht im Zweifel sein, ob die Ansichten mancher Delegierten wirklich von der Mehrheit der Kollegen in seinem Wahlkreis geteilt wurden.

Mit diesem unzulässigen Uebelstand wurde zuerst in unserer Organisation gebrochen. In Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung vom Jahre 1903 befindet sich eine Bekanntmachung, wonach auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des Vorstandes und des „erzgebenden Ausschusses“ die Wahlen von Delegierten zur nächsten ordentlichen Generalversammlung für den gesamten Verband an einem Tage, und zwar am Sonntag den 29. März 1903, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags stattfinden sollten. Dieser neue Wahlmodus wurde damals keineswegs mit ungeteilter Beifall begrüßt, im Gegenteil kam es manchem Kollegen wie eine starke Zumutung vor, daß er, nur um seine Stimme abzugeben, „etwa nochmal hinfahren“ sollte. Man hielt diesen neuen Modus auch noch gar nicht einmal für so sehr notwendig, zum Teil auch deswegen, weil es damals auch noch keine solchen Leute gab wie jetzt, die fobtel von den angeblichen Differenzen zwischen „Massen und Führern“ zu reden wissen. Mancher beruhigte sich erst, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß unter anderem auch das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ebenfalls die Forderung enthält: „Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem geschlossenen Ruhetage.“ Wenn man dies anerkennt, so muß es allerdings nicht mehr als in Ordnung sein, daß die Gewerkschaften ihre Delegierten ebenfalls an einem Sonntag wählen.

Dieser Wahlmodus hat sich nunmehr nicht nur bei unserer Gewerkschaft eingebürgert, sondern eine Gewerkschaft nach der anderen hat ihn ebenfalls eingeführt. Neuerdings ist auch der Lederarbeiterverband dazu übergegangen und in Nr. 10 der Lederarbeiterzeitung wird diese Maßnahme seines Vorstandes ausführlich begründet. Danach verfolgt dieser damit genau dieselben Absichten wie seinerzeit der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Freilich hat sich herausgestellt, daß in unserer Gewerkschaft die Wahlbeteiligung immer noch v e l g u n g s e n ü b e l g l ä s t u n d daß ein Massenandrang von Wählern unseres Wissens noch nirgends vorgekommen ist. Auf jeden Fall ist aber, was wir für die bevorstehenden Delegiertenwahlen w a h l e n im Deutschen Metallarbeiter-Verband besonders betonen wollen, jedem Kollegen die Möglichkeit gegeben, sein Wahlrecht auszuüben und vor allen Dingen ist dieses Wahlverfahren besser als die Regelsitzung, die bei den Delegiertenwahlen für die sozialdemokratischen Parteitage herrscht.

**Schmeide.** Die Schmeide-Zeitung bespricht in ihrer Nr. 11 die Abrechnung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in ebenso ausführlicher wie sachlicher Weise. Sie bemängelt nur, daß unter den 8951 im vorigen Jahre zu unserm Verband übergetretenen Mitgliedern sich nicht weniger als 5210 befinden, die vordem Mitglieder anderer freier Gewerkschaften waren. Die Schmeide-Zeitung sagt dazu:

Wir können nicht behaupten, daß uns diese Werbungsarbeit besondere Bewunderung ablockt. Im Gegenteil, wir haben oft genug betont, daß es einer freien Organisation unzulässig ist, wenn sie ihre Mitglieder durch die Agitation in den Reihen der ihr verwandten Organisationen anwerbenden Arbeiter zu stützen sucht. ... Die in diesen Zeilen ausgesprochene Vermutung, daß sämtliche 5210 Übergetretenen den noch bestehenden Branchenverbänden in der Metallindustrie in unzulässigem Uebermaß abgittelt worden seien, ist richtig. Das kann nur in verhältnismäßig wenigen Ausnahmefällen geschehen sein und da wollen wir gerne zugeben, daß diese nicht immer zu billigen sind. In der Hauptsache handelt es sich bei den erwähnten Uebertritten um solche Kollegen, die vordem in anderen Berufsweisen beschäftigt waren und sich den für diese zuständigen Gewerkschaften angeschlossen hatten. Bei der steigenden Struktur haben sie nunmehr aber im

